H 8040 F
Nummer 58
Mai/Juni 99
3,- Mark
DER RECHTE RAND
INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
Wahlz
zette
DVU
Front National
FPÖ
Alleanza Nazionale
GEMEINSAM GEGEN FASCHISMUS
GEGEN EIN EUROPA DER RASSISTEN UND NATIONALISTEN

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

54 Jahre ist es her, daß die Überlebenden des Naziterrors schworen „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg". Nun sollen sie der Bundesregierung - allen voran dem Bundesaußenminister Joseph Fischer- als Begründung für die Beteiligung der Bundesrepublik an einem Angriffskrieg - und damit für einen Verfassungsbruch - herhalten. Viele der Überlebenden wehren sich heute gegen diese Instrumentalisierung, gegen diese moderne Form des Geschichtsrevisionismus. In einem Offenen Brief an Fischer und Scharping, den u.a. Mitglieder des deutschen Auschwitz-Komitees und auch der Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees unterzeichneten, heißt es: „Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz ... betreiben" und „Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens."

Aber nicht nur die ehemaligen Opfer des NS-Regimes müssen sich gegen eine Vereinnahmung zur Wehr setzen. Mit Parolen, die denen der Friedensbewegung scheinbar ähneln, versuchen sich Neofaschisten verschiedenster Couleur als Kriegsgegner darzustellen. Es gilt jetzt, den demagogischen Charakter der im Kern rassistischen und nationalistischen Argumentation dieser braunen Friedensengel herauszuarbeiten. Wie schon früher, als sich Neofaschisten der Anti-Atomkraft- oder auch der Friedensbewegung anzubiedern versuchten, sollte ihnen kein Fußbreit Boden überlassen werden.

Denn trotz der alles überlagernden Kriegsberichterstattung wird es immer deutlicher, daß die Neofaschisten in der letzten Zeit an Boden gewonnen haben. Selbst Landesverfassungsschutzberichte weisen auf eine rasante Zunahme der Mitgliedszahlen neofaschistischer Parteien hin. Aus Niedersachsen und Thüringen wird eine Zunahme von ca. 60 Prozent, aus Brandenburg sogar eine Verfünffachung der Mitgliedschaften gemeldet.

Kein Wunder also, wenn die äußerste Rechte immer unbefangener auftritt. Seien es die fast wöchentlich stattfindenden Aufmärsche, bei denen die Nazis gelegentlich auf eine zahlenmäßig unterlegene Antifa-Demonstration treffen (z.B. in Magdeburg und Angermünde) oder auch Hitler-Gedenkfeiern (z.B. in Bochum und Nimwegen). Gewalttätige Übergriffe gegen MigrantInnen (z.B. auf einen Libanesen in Neubrandenburg) oder vermeintliche politische Gegner (z.B. auf einen Punk in Magdeburg) gehören mittlerweile zu den „normalen" Meldungen.

Auch wenn der Bombenanschlag auf die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" kurzfristig die Aufmerksamkeit der Medien gewinnen konnte, wurde er doch nach kurzer Zeit ad acta gelegt. Und der „Verfassungsschutz" stellt - wie jedes Jahr - wieder einmal fest: „Zur Zeit gibt es in Deutschland keine rechtsterroristischen Organisationen und Strukturen".

Die Beobachtung, daß sich - nach Aussage des ehemaligen Leiters einer polizeilichen Sonderkommission zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus - ostdeutsche, neofaschistisch orientierte Jugendliche zunehmend mit Schußwaffen beschäftigen und vermehrt in traditionelle Schützenvereine eintreten, fällt für den Verfassungsschutz wahrscheinlich ebenso wie die umfangreichen Waffen- und Sprengstofffunde des vergangenen Jahres unter die Rubrik „Waffenfetischismus".

Wie schnell dieser „Fetischismus" in gezielte Terroraktionen umschlagen kann, dürfte sich eigentlich an dem Massaker in der us-amerikanischen Schule in Littleton mit 15 Toten (übrigens am Hitlergeburtstag) und den Bombenanschlägen in London mit 45 Verletzten gezeigt haben. Aber in Deutschland wären das dann natürlich nur „Einzeltäter". Vorsorglich heißt es im VS-Bericht für das Jahr 1998: „ "Es läßt sich nicht ausschließen, daß Einzeltäter diese Waffen auch ohne eine langfristige Zielsetzung und Konzeption einsetzen und Gewaltakte begehen."

Ob das von der Bundesregierung jetzt angeregte "Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt" geeignet sein wird, der Verharmlosung neofaschistischer Gefahren wirkungsvoll entgegenzutreten, bleibt abzuwarten. Das Bündnis wird sich daran messen lassen müssen, ob es nicht nur regierungskonforme Initiativen unterstützt, ob es gelingt, Mut und Zivilcourage gegen fremdenfeindliche Gewalt zu wecken, oder ob es lediglich eine Alibifunktion erfüllt und als Forum für Politikerreden dient.

Die gegenwärtige Militarisierung der Gesellschaft und die Instrumentalisierung der Opfer des NS-Terrors durch Mitglieder der Bundesregierung lassen allerdings nicht allzu große Hoffnungen aufkommen.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Juli. Redaktionsschluß ist am 15. Juni 1999

Termine

21.5. bis 24.5.99: Antifaschistisches Pfingstcamp

Antifaschistische Gruppen aus Heide und Harz in Niedersachsen organisieren ein Pfingstcamp in der Region Braunschweig. Geplant sind Veranstaltungen, Diskussionen, Filme und Arbeitsgruppen zu antifaschistischen Themen.

Anmeldung und weitere Informationen: Antifaschistisches Plenum und Jugend Antifa Aktion (JAA), Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig, Telefon: 0531/83828 (Mo.,Mi. u. Fr. ab 19 Uhr), eMail: apbs@link-hm.comlink.apc.org

Andreas Heckert & Karl Chemnitz

Wahlfieber bei der sächsischen FDP

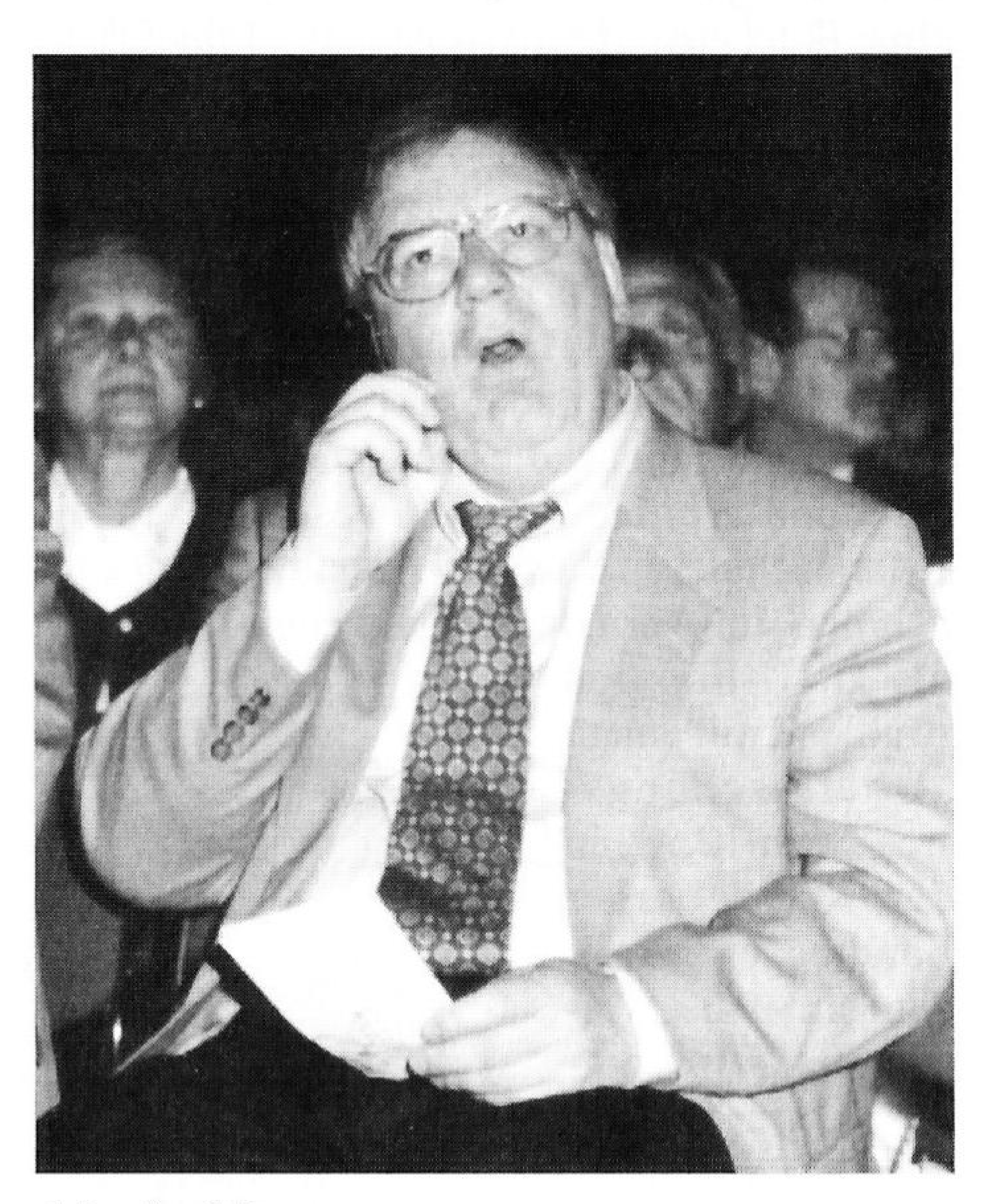
Die FDP mit ehemaligen BFB-Mitgliedern noch mehr „Deutsch im Fühlen“

In der letzten Ausgabe von DER RECHTE RAND wurden die un-heimlichen Allianzen in Sachsen thematisiert. Inzwischen hat sich die Prognose zu einem Fakt verdichtet. Am 12. März war es soweit: Der sächsische Landesverband des faschistoiden „Bund Freier Bürger“ (BFB) hörte auf zu existieren. Geschlossen trat der BFB-Landesvorstand in Dittmannsdorf (Mittlerer Erzgebirgskreis), dem Wohnort des ehemaligen BFB-Spitzenkandidaten, Dieter Tanneberger, in die FDP ein.

Dem Ex-BFB-Landesvorsitzenden folgte ein Großteil der Mitglieder. Initiiert wurde dieser Zusammenschluß vom örtlichen Kreisverband und dem Chef der sächsischen FDP, Rainer Ortleb, dem früheren Volkskammermitglied der DDR und Bundesbildungsminister. Nicht nur der sächsische Landesverband des BFB ist zur FDP übergelaufen, sondern auch deren Gründervater und ehemalige Bundesvorsitzende, Manfred Brunner, fand bei den vogtländischen Liberalen zu seiner früheren Partei zurück. Brunner trat 1993 aus der FDP aus, weil es „dort zu viele Tabuthemen“ gab und gründete die rechte Sammlungsbewegung BFB.

Der jetzige Zusammenschluß wundert nicht. Bereits seit Jahren gibt es bei der sächsischen FDP einen strammrechten nationalliberalen Flügel. Schon 1995 sorgte ein „Plauener Aufruf“ für Unruhe in der Partei. Die Initiatoren, Joachim Günther, jetziger Kreisvorsitzender der FDP im Vogtland, und der Stadtverbandsvorsitzende von Plauen, Hans-Jürgen Kennerknecht, forderten darin die „übertriebene Liberalität in Sachen Ausländerrecht und innere Sicherheit“ zu beenden. Im Bezug auf das Ausländer- und Asylrecht sprachen sie von „idealistischen Spinnereien“ und der „Weltfremdheit einiger Spitzenliberaler“. Als die vogtländische FDP im Februar 1998 zu ihrem Aschermittwoch den prominentesten Vertreter der Nationalliberalen, Alexander von Stahl, als Gastredner engagierte, protestierten die Jungliberalen vergeblich. Der neue Landesvositzende Ortleb ist stolz auf den nationalliberalen Parteiflügel, dessen schärfster Exponent, Ludwig Martin Rade aus Meißen, zum Parteitag im Mai 1998 mit starken Parolen zur „Inneren Sicherheit“ aufwartete. Das Motto des Parteitags machte die „sächsische Linie“ deutlich: „Liberal im Denken - Sozial im Handeln - Deutsch im Fühlen“. Der vogtländische Kreisverband betreibt die Rückkehr von Manfred Brunner in die FDP. Ursprünglich kommt Brunner aus der bayrischen FDP, wo er zwischen 1983 und 1989 Landesvorsitzender war. Seine bayrischen Kameraden wollen Brunner aber nicht wiedersehen und haben schon mit Klage beim Bundesschiedsgericht der Partei gedroht. Das ficht die sächsischen Kameraden nicht an. Der FDP-Fraktionschef der Stadt Plauen, Ralf Oberdorfer, stellte sogar seine Adresse zur Verfügung, unter der Brunner den notwendigen Nebenwohnsitz anmelden konnte. Eine Abstimmung im Kreisverband fiel eindeutig aus, mit 25 Ja- bei nur einer Gegenstimme, wurde Brunners Antrag auf Wiedereintritt angenommen. Die einzige Gegenstimme gehörte ausgerechnet Hans-Jürgen Kennerknecht. Der beschwerte sich: „Ich bin mit Halbwahrheiten von den eigenen Parteifreunden hinters Licht geführt worden“ und rief zugleich das Landesschiedsgericht der Partei zwecks Überprüfung der Aufnahme Brunners an. Der Kreisvorsitzende Joachim Günther versuchte die aufkommende innerparteiliche Kritik durch Aufzählung der Vorteile zu entschärfen, die durch Brunners Aufnahme entstünden. So erhofft er sich vor allem einen Gewinn für die Landtagswahl im September. Brunner sei der richtige Mann, um in Zielveranstaltungen den Mittelstand anzusprechen. Dem sächsischen Landesvorstand des BFB wurde ein ähnlich herzlicher Empfang bereitet. Der FDP-Kreivorsitzende Tino Günther bezeichnete den Übertritt als „Zusammenführung der freiheitlich liberalen Familie“. Er wünsche, dass sich die BFB-Mitglieder bundesweit dem sächsischen „Modellprojekt“ anschließen. Der ehemalige BFB-Spitzenkandidat und langjährige Chef des „Verbandes der privaten Landwirte und Grundeigentümer Sachsen“ (VDL), Dieter Tanneberger, wurde nur wenige Tage nach seinem Parteiwechsel zur FDP als Direktkandidat für die Landtagswahl nominiert. Jetzt kann er mit seinen völkisch-rassistischen Parolen für die FDP auf Stimmenfang gehen. Schenkten ihm beim BFB gerade mal 120 Mitglieder ihr Gehör, erreicht er nun 4.000 Menschen, die das Mitgliedsbuch der FDP haben. Die zum großen Teil vom „Deutschen Landbund e.V.“ gestützten Zeitungsanzeigen, in denen Tanneberger seine Ideen zum besten gab, werden der FDP gewiß über den 2%-Stimmenanteil hieven, den sie im Augenblick in Sachsen hält. Im Bundestagswahlkampf 1998 verkündete Tannenberger, dass er z.B. gegen „Raffgier, Bereicherung und kriminelles Eigentum des Großkapitals und der Börsenhaie sei“ und sich für die „Eigentums- und Heimatrechte der Sudetendeutschen, Schlesier und Ostpreußen“ einsetze. Natürlich versprach er, sich „gegen nationale Überfremdung, Multikultur, Ausländerkriminalität und Asylmißbrauch“ zu wehren. Für die Jugend hatte er ebenfalls einschlägig bekanntes Vokabular in seinem Propagandareservoir. Er will sich „für eine nationale und patriotische Gesinnung der deutschen Jugend und der gesamten Gesellschaft“ einsetzen. In Anzeigen forderte er die LeserInnen dazu auf: „Deutsch und frei wählen! Deutsche Mark wählen! Arbeit und Brot wählen! Mitte-rechts wählen!“ Bei seinen WählerInnen bedankte er sich artig und verabschiedete sich mit der Hoffnung, auf weitere politische Unterstützung, „insbesondere zu den Landtagswahlen 1999, damit das nationale, vaterländische und freiheitliche Gedankengut in Sachsen endlich auch eine parlamentarische Vertretung findet.“ Damit ist er bei der sächsischen FDP gut aufgehoben, die für die Kommunalwahlen im Juni um weitere Bündnisse mit der rechtslastigen „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) wirbt, mit der es laut Ortleb bereits Listenabsprachen vor Ort gebe.


Joachim Günther


Manfred Brunner

Vereinigte Rechte im Landtag

Der im vergangenen Jahr für die Deutsche Volksunion (DVU) in den Landtag Sachsen-Anhalt gewählte Torsten Miksch ist nach seinem Austritt aus der DVU (siehe Seite 4) der „Vereinigten Rechten“ (VR) beigetreten. Bundesvorsitzender der VR ist der Theologe und Multifunktionär Mario H. Meurer. Meurer ist nicht nur Mitglied zahlreicher Organisationen der Braunzone (z.B. Evangleische Notgemeinschaft), sondern versuchte sein Glück auch schon bei den „Republikanern“ und der „Christlichen Mitte“.

Janine Clausen

Laufende Verhandlungen

Die DVU in Sachsen-Anhalt zwischen Spaltung und Fraktionierung

Die „geballte DVU-Ladung" der Fraktion im Magdeburger Landtag, die noch bis vor kurzem in der „Deutschen Volksunion" parteiintern als vorbildlich gefeiert wurde, verpufft. Austritte und neue Fraktionen bestimmen das Bild der „Mannschaft". Die DVU in Sachsen-Anhalt könnte eine ähnliches Schicksal ereilen wie in Bremen und Schleswig Holstein.

Noch auf dem letzten Parteitag versäumten es Heinrich Gerlach, stellvertretender Bundesvorsitzender und Geschäftsführer der DVU Sachsen-Anhalt, und Fraktionsvorsitzender Helmut Wolf nicht „die besten Grüße" und den tosenden Applaus der Anwesenden an die „Mannschaft" in Sachsen-Anhalt entgegenzunehmen. Im April des vergangenen Jahres zog die DVU-Fraktion strahlend mit einem „Überraschungssieg" von 12,9% in den Magdeburger Landtag ein. Seitdem erntet die „Vorzeigefraktion", aufgrund ihrer zahlreichen Parlamentsaktivitäten, nicht nur parteiintern, viel Aufmerksamkeit und Beifall.

Die Fraktion schaffte es, die Arbeit des Magdeburger Landtags mit Anfragen und Anträgen inhaltlich so zu bestimmen, daß z.B. auf der siebten Sitzung des dritten Landtags „sieben Anträge" der DVU „quasi am Stück behandelt" werden mußten. Die „DVU ist nämlich nicht gewillt sich den Mund von den Etablierten verbieten zu lassen", versicherte Wolf. Der durch seine verbalen Entgleisungen und menschenverachtenden Äußerungen schon häufiger auffiel.

Das es in der „Vorzeigefraktion" bröckelte, zeigte sich Anfang Februar, als sogar die „Deutsche National-Zeitung" bestätigte, was sich nicht mehr verbergen ließ. Weder Gerlach noch Wolf erwähnten auf dem DVU-Parteitag im Januar, daß seit Wochen interne Fraktionskämpfe tobten. Mit der Folge, daß die Fraktion quasi einem Trümmerhaufen gleicht. Vier der Sechzehn DVU-Parlamentarier verließen die Partei und vier weitere wollen noch folgen.

Damit büßt die Fraktion nicht nur Prestige und den Ruf der „starken Mannschaft" ein, mit dem Verlust der vier Abgeordneten verliert sie auch 16.500 DM an Zuschüssen und einen ihrer zwei Ausschußsitze.

Mit dem Ausschluß der Abgeordneten Torsten Miksch und Jörg Büchner, die laut Wolf „nicht mehr tragbar" waren, hatte der Zerfallsprozeß begonnen. Die Rausschmisse Mikschs, gegen den ein Strafverfahren wegen Tierquälerei läuft, und Büchners (wegen Stasi-Spitzel-Aktivitäten) rechtfertigt Wolf als einen Akt zur „Wiederherstellung der inneren Ruhe". Man werde jetzt wieder zur „Tagesordnung übergehen", da die Ausgeschlossenen „ohnehin keine Gallionsfiguren" waren.

Miksch und Büchner sehen dagegen ihren Ausschluß aufgrund interner Differenzen zu Wolf. Immer wieder hätten sie den Führungsstil Wolfs kritisiert und dann schließlich, als keine Änderung sich abzeichnete, beschlossen die Fraktion zu verlassen. Den Vorwand der erhobenen Beschuldigungen wollen sie nicht als Grund ihres Ausschlusses gelten lassen, das sei schließlich seit einem Dreivierteljahr bekannt gewesen.

Freiwillig folgten den beiden am selben Tag Horst Montag und Werner Kolde. „Das Band" zur DVU „sei aber nicht völlig zerschnitten", wie die „Junge Freiheit" weiß.

Kolde betont, daß sein Austritt nicht als „Solidarakt" zu Miksch und Büchner gewertet werden dürfe. Er hätte inhaltliche Differenzen zu der Politik Wolfs, weder mit dem Führungsstil noch mit der Politik sei er einverstanden. „Der Fraktion fehlt es am Politikverständnis", konstatiert er. Tatsächlich veranlaßte die mangelnde parteiinterne Diskussionskultur zur Kritik. Wolfs Motto, „Kein Knatsch in der Familie", und die zentralistische Lenkung führen zu Mißmut in der Partei. Zum Vorwurf der zentralen Lenkung wirft Wolf als Entschuldigung ein, daß er maximal nur zweimal im Monat mit München telefoniere.



Helmut Wolf (oben) un der Abtrünnige Torsten Miksch

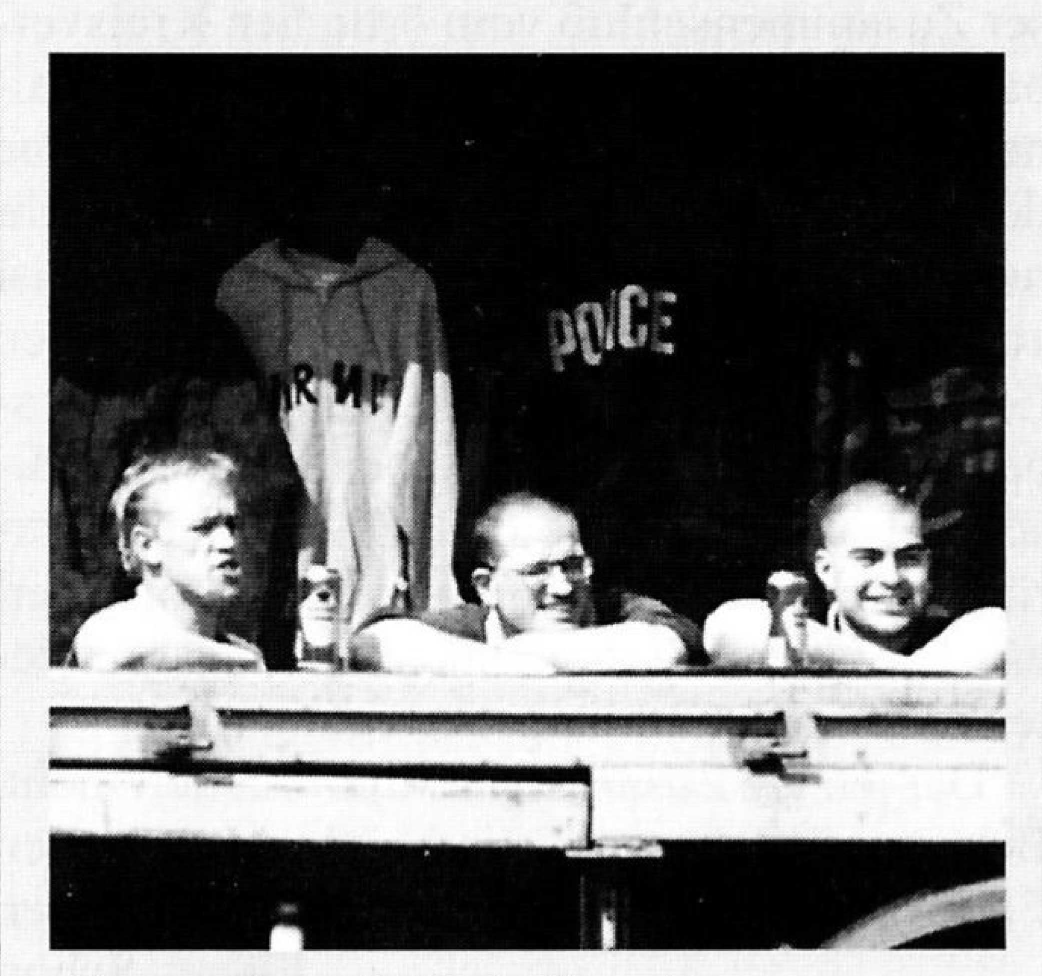
Miksch kündigt indessen an, daß noch weitere die Fraktion verlassen werden. Angeblich sollen noch vier DVUler, deren Namen noch nicht genannt wurden, folgen. Laut Miksch stehen sie miteinander in der Diskussion, um eine „rechtsextreme Fraktion" zu bilden. Dazu sind fünf Abgeordnete nötig. Dies sei nur noch eine Frage der Zeit. Die neue Fraktion solle erst einmal unabhängig arbeiten. Daraufhätten sich die acht bei einem konspirativen Treffen schon geeinigt. Die guten Kontakte Mikschs zur NPD versprachen sie zu nutzen.

Nach dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt bestehen seit Jahren gute Beziehungen zu Miksch. Desweiteren bestätigt Voigt, den NPD-Landesvorsitzenden Steffen Hupka beauftragt zu haben, Gespräche mit den vier ehemaligen und vier noch-DVUlern zu führen zwecks eines möglichen Übertritts oder Zusammenarbeit.

Kolde distanzierte sich von diesem Vorgehen, denn es „fehle an politischer Substanz". Er werde jedenfalls „für eine zweite rechtsextreme Fraktion in Sachsen Anhalt nicht zur Verfügung" stehen. Welcher extrem rechten Partei er zugeneigt ist, verriet Kolde bisher nicht.

„Naziladen" in Heidenheim

Gegen „Paddy's Military Shop" im baden-württembergischen Heidenheim demonstrierten am 10. April rund 300 Personen unter dem Motto „Weg mit dem Naziladen!". „Paddy's Military Shop" wird von dem Neonazi Jürgen Boer aus dem Umfeld des „Freiheitlichen Volksblock" (FVB) betrieben. So nahm Boer am 1. März 1997 im FVB-Block bei der Münchner Demonstration gegen die „Wehrmachtsausstellung" des Hamburger Instituts für Sozialforschung teil. Den Organisatoren der Demonstration gilt der Laden „als einer der zentralen Anlaufpunkte für Neonazis aus Baden-Württemberg und Umgebung. Verkauft werden dort neben diversen Waffen und Artikeln aus dem nazistischen 'Donnerversand'" sowie weiteres Nazizubehör. Als Pächter firmiere, so das Flugblatt, der 30-jährige Neonazi Dirk Plankenhorn, ehemaliger Führungskader der 1993 verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" (HVD).



Jürgen Boer (Mitte), Betreiber von „Paddy's Military Shop"

Aus für „Comico"

Die Gaststätte „Comico", Treffpunkt der neofaschistischen Szene über Baden-Württemberg hinaus, ist seit dem 19. März geschlossen. Noch vor Auslauf des Pachtvertrages am 30. April mußte der Wirt Roberto Kammel den Betrieb einstellen. Verstöße gegen behördliche Auflagen und nicht bezahlte Bußgelder führten zu dem vorzeitigen Aus des „Comico". Seit der Eröffnung im Mai 1996 entwickelte sich das „Comico" zu einem Treff für Skinheads und Neonazis aus Baden-Württemberg, Bayern, dem Vorarlberg und der Schweiz. Bis zu 250 Personen trafen sich dort in den vergangenen Jahren zu Veranstaltungen.

Andreas Speit

Aus Christenpflicht

Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke als Grabredner auf Nazi-Kultstätte

Auf der „Ahnenstätte Conneforde“, zwischen Wiefelstede und Varel bei Oldenburg (Niedersachsen), finden nur Auserwählte ihre letzte Ruhestätte. Inmitten von deutschen Eichen und Heidekraut lassen sich altgediente SS-Kämpfer und erfahrene NSDAP-Funktionäre unter Findlingen beerdigen. Christliche Symbole und Pastoren sind auf dem Waldfriedhof unerwünscht.

Eine, die sich bereits zu Lebzeiten auf dem in rechten Kreisen begehrten Friedhof ihr Grab mit Findling sicherte, ist die ehemalige BDM-Führerin Gertrud Herr aus Hamburg-Blankenese. Zusammen mit dem Nazi-Anwalt Jürgen Rieger regelte die 89jährige bis zur Verbotsverfügung 1998 die Geschicke der Heide-Heim-Vereine, in deren Zentrum, dem „Heideheim“ in Hetendorf (Lüneburger Heide) sie den Holocaust leugnete. Ganz in der Nähe ihrer angestrebten Grabstätte, nur ein paar Findlinge weiter, liegt ein NSDAP-Kreisleiter aus Schlesien, späterer Doppelfunktionär bei NPD und DVU, und wieder einige Findlinge weiter, ruht sein



„Mir ist egal, ob ich Massenmörder, Kommunisten oder Nazis beerdige.“ Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke

Namensvetter vom „Stahlhelm - Kampfbund für Europa“.

Nur ab und zu, wenn z.B. Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) auf der „Ahnenstätte“ in der Nähe seiner Heimatgemeide Varel mal wieder eine Grabrede hält, ist die beschauliche Ruhe des friedlichen Dorfes Conneforde gestört. Vor allem wenn der sozialdemokratische Minister, der schon zu Gerhard Schröders Kabinett im niedersächsischen Landtag zählte, nach der Trauerfeier mit dem Helikopter abreist.

Seit über 30 Jahren ist der Bauer und Politiker ein gefragter Grabredner. Immer wieder brachte Funke - „aus Christenpflicht“ - Verstorbene im Schatten von Hagalsrunen, Sonnenwendplatz und Irminsul-Altar unter die Erde. Aufgrund seiner klaren Worte - „Oldenburger Butter hilft rauf auf die Mutter“ - als erdverwachsener und sturmfester Niedersachse, ist Funke ein gern gesehener Redner. Den Kontakt knüpfen Bestattungsunternehmer oder die Hinterbliebenen selbst. „Die bitten mich“, so Funke gegenüber der Presse: „Karl-Heinz, kannst Du die Trauerrede halten? - Und ich spreche dann auf pietätvolle Art und Weise am Grab“. Nach der politischen Vergangenheit der Verstorbenen fragt er nicht, denn mit Politik hätte das nichts zu tun: „Mir ist egal, ob ich Massenmörder, Kommunisten oder Nazis beerdige“. Diese Leute wollen nicht auf den kirchlichen Friedhof und da gebe es eine alte Absprache mit der Kirche ...

Es scheint dem Sozialdemokraten auch zu egal sein, daß der Vorsitzende des Ahnenstättenvereins, Alfred Manke, seinem ehemaligen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt, ein schnelles Ende wünschte. Der 69jährige Manke aus Bassum (Nds.)war Mitbegründer der NPD und Mitinitiator der „Aktion Widerstand“. Unter dem Motto „Brandt an die Wand!“ und „Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird Brandt gehängt!“, machte sie 1970 gegen die Ostverträge der damals SPD-geführten Bundesregierung Front.

Heute sieht der gelernte Buchdrucker und Verleger seine Pflicht bei der Bewahrung und Weitervermittlung „deutscher Traditionen“. Denn für ihn sind Grabanlagen „ein deutliches Sinnbild des Gemeinschaftsgeists, der Zucht und der Ordnung“. Besonders stolz ist Manke auf die Anerkennung des Vereins als gemeinnützig und die damit verbundenen Steuervorteile, denn der Verein ist nicht unvermögend.

Getreu ihren Grenzvorstellungen wirbt die „Ahnenstätte“ aber nicht nur bei der extremen Rechten in Deutschland sondern auch in Österreich. Die „Kommentare zum Zeitgeschehen“ empfehlen ihren altgedienten Kämpfern die „Ahnenstätte“.

Daß die Kameraden seit 40 Jahren in Conneforde die letzte Ruhe finden können ermöglichte vor allem die „braune Prinzessin“ Marie Adelheid Reuß zur Lippe. 1958 gründete die enge Vertraute Walter Darrés, einst Chef des SS-Rasse- und Siedlungsamtes, zusammen mit weiteren rechten „Freireligiösen“ die „Ahnenstätte“. Mit ihren Kameraden aus alten Tagen war sie in den 50er Jahren auch bei der Unterwanderung der christlichen „Rheinhessischen Freiprotestanten“ beteiligt, die sie in „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR) umbenannten. Außer mit der DUR, die als „Nazi-Sekte“ bezeichnet werden darf, war die „braune Prinzessin“ mit dem Auschwitzleugner Thies Christophersen verbunden. Mittlerweile sind beide in „Walhalla“ vereint.

Im Hintergrund der „Ahnenstätte“ wirkt auch der „Bund für Gotterkenntnis Ludendorff e.V.“. Schon 1958 stellte ein Gutachten des Münchener Institut für Zeitgeschichte klar, daß die „Ludendorffsche-Heilslehre“ „weltanschaulich keine dem Nationalsozialismus entgegengesetzte Position innehätte, sondern dessen Ideen nur in der Theorie viel radikaler, verstiegener und ohne alle Abschwächungen aus taktischen Gründen vertrat“. Mathilde Ludendorff, die im wesentlichen die Weltanschauung des 1937 als Verein gegründeten „Deutsche Gotterkenntnis“ entwarf, stufte 1951 eine bayrische Spruchkammer als „belastet“ ein. Das Gerede und Geschreibe der Frau Ludendorff über den „Kampf für die Rassenreinheit und gegen eine jüdische Weltverschwörung“ zeichnet bis heute die 1951 als „Bund für Gotterkenntnis Ludendorff e.V.“ wiedergegründete „Religionsgemeinschaft“ aus. Ein 1961 von den Innenministerien der Länder wegen Verfassungsfeindlichkeit ausgesprochenes Verbot wurde 1977, nach langen Verwaltungsstreitigkeiten, aus formalen Gründen aufgehoben.

Bereits für die NSDAP war Conneforde eine



Eingangstor des Friedhofes Conneforde.

Kultstätte an der Sonnenwendfeiern abgehalten wurden. „Der kleine historische Ort Conneforde kennt nur einen großen Tag im Jahr“, wußte 1936 die Regionalzeitung zu berichten: „Das ist der Tag im Juni, an dem aus nah und fern Volksgenossen hierher eilen, um die Feier der Sommer-Sonnenwende mitzuerleben“.

Bei der Bezirksregierung in Oldenburg weiß man um die Geschichte und Gegenwart der „Ahnenstätte“. Aber eine Handhabe gibt es nicht. Denn Friedhofsrecht ist Kommunalrecht und „Ahnenstätten“ zu betreiben ist nicht verboten.

Mit diesem Gesetz kennt sich Manke, der sich auch damit rühmt, die Gründungsmitglieder kennengelernt zu haben, bestens aus. Auf Nachfragen antwortet er deutlich: „Gegen uns wird rumgeschnüffelt, wie bei den Juden im Dritten Reich“. Und er führt Funke als demokratischen Leumund auf: „... außerdem spricht bei uns auch Herr Funke aus Varel!“.

„Ich lasse mich nicht in die rechte Ecke stellen“, sagt Funke der Presse, und betont, daß er „diesen Herr Manke“ nur von einem 90. Geburtstag her kenne. Ansonsten hätte er mit den Betreibern der „Ahnenstätte“ nichts zu tun. Doch außer als Grabredner stand er in Conneforde auch als „Feuerredner“ zur Verfügung. 1995 hielt Funke die Rede bei der großangelegten Sonnenwendfeier auf dem Kultort.

Herbert Kalus

Unerwünschte Nachbarschaft

Neonazis biedern sich der Friedenbewegung an und demonstrieren gegen den Krieg

Auf mehreren Demonstrationen der Friedensbewegung tauchten in den vergangenen Wochen Transparente und Flugblätter neofaschistischer Gruppen auf. Auf den ersten Blick weist die Argumentation der äußersten Rechten Parallelen zu linken und pazifistischen Kriegsgegnern auf.

Diejenigen, die in den vergangenen Jahren immer wieder für die „Ehre" der Wehrmacht, bzw. der Waffen-SS auf die Straßen gingen und selbst in ihren Programmen den Wehrdienst als „Ehrendienst am deutschen Volk" (NPD) bezeichnen oder das „Hohelied auf das deutsche Soldatentum" singen, rufen wie die NPD jetzt auf, „den Dienst für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu verweigern." Ähnlich wie in der Friedensbewegung wird der NATO-Angriffskrieg als völkerrechts- und grundgesetzwidrig verurteilt und Nazis marschieren unter Parolen wie „Kein deutsches Blut für fremde Interessen- Schluß mit der imperialistischen NATO-Intervention auf dem Balkan" in Bremen zum 1. Mai auf.

Grundlage dieser Proteste, die sowohl von „Republikanern", NPD, BFB oder auch den „Freien Kameradschaften" vorgetragen werden, ist der Antiamerikanismus. Die deutsche Kriegsbeteiligung wird als Vasallentum, als Unterordnung unter die Interessen der USA kritisiert. Günter Maschke, ein wichtiger „neurechter" Theoretiker, sieht in der völkisch-nationalistischen Zeitung „Junge Freiheit" (JF) mit dem Krieg die Frage aufgeworfen, ob es zu einer europäischen oder einer amerikanischen Einigung Europas komme. Ihn stört dabei vor allem, daß die Bundesregierung „keine eigene Taktik" habe, die Kriegsbeteiligung „mit einer allmählichen Einflußsteigerung zu verbinden". Und auch der Chefredakteur der „JF", Dieter Stein, sieht die politische Katastrophe in der „Unfähigkeit der Europäer zu einer eigenständigen Militäraktion".



Kriegsgegnerschaft nur taktisch: „Deutsches Blut" soll nur für „Deutsche Interessen" vergossen werden

Davor allerdings scheuen einige Altnazis - wie z.B. die DVU - trotz ihrer militaristischen Grundhaltung aus historischen Gründen zurück: Deutsche, so die „Nationalzeitung" sollten aus eigener Erfahrung wissen, „daß Kriege auf dem Balkan schwer zu führen und noch schwerer zu gewinnen" seien.

Und außerdem so schallt es aus allen Spektren des Neofaschismus, könne man keinen Krieg führen, wenn diejenigen, die Erfahrung mit dem Krieg (u.a. auf dem Balkan) haben, wegen ihrer Verbrechen angeklagt würden. Auch der „Bund freier Bürger" argumentiert ähnlich: „Wir kritisieren die Heuchelei der Regierungeparteien, die sich einerseits an der Diffamierung der deutschen Wehrmacht beteiligen und gleichzeitig die Enkel dieser Soldaten in einen völkerrechtlich höchst fragwürdigen Kampfeinsatz schicken."

Ins gleiche Horn stoßen die „Republikaner", die eine Kriegsbeteiligung ablehnen, solange „die sog. Anti-Wehrmachtsausstellung" gezeigt und „Soldaten in Deutschland als potentielle Mörder denunziert werden" könnten. Offensichtlich wird hier die ungebrochene Bezugnahme auf die Tradition der Wehrmacht als Voraussetzung für zukünftige Kriegsführung propagiert.

Weitgehende Übereinstimmung der verschiedenen Strömungen des Neofaschismus besteht darin, daß vor den Auswirkungen des Krieges gewarnt wird. So sehen die „Republikaner" „neue Flüchtlingsströme" auf die Bundesrepublik zukommen. Das „Ostpreußenblatt" sieht gar in den Fluchtbewegungen die Kriegsursache, wenn es kriegsbefürwortend heißt: „Hunderttausende haben das Land fluchartig verlassen (müssen) - meist in Richtung Deutschland und andere Demokratien. Diese Demokratien haben ein Recht darauf, sich dagegen zu wehren."

„Deutschland", sieht die DVU, „ als Melkkuh für die Milliardenkosten der Militärschläge" und macht Stimmung gegen die Flüchtlinge aus dem Kosovo, da „insbesondere Deutschland mit Massen albanischer Asylbewerber bzw. Kriegsflüchtlingen rechnen" müsse und die Gefahr bestünde, daß damit die Balkan-Konflikte in die Bundesrepublik geholt würden.

Schnell sind fast alle Neofaschisten dann wieder bei ihrem Lieblingsthema, dem Kampf gegen multikulturelle Gesellschaften. Das Gespenst bürgerkriegsähnlicher Zustände wird an die Wand gemalt, wenn die Kosovo-Flüchtlinge in der „Nationalzeitung" als „gefährliches Konfliktpotential angesichts der rund 600.000 in Deutschland lebenden Serben" dargestellt werden. Im gleichen Atemzug werden die bereits in Deutschland lebenden Kosovo-Albaner diffamiert, von denen „nicht wenige kriminell in Erscheinung getreten seien.

Primitive Ausländerfeindlichkeit gepaart mit Antiamerikanismus präsentiert die „Junge Freiheit" in ihrem Maschke-Interview. Dort wird die gezielte „Produktion von Flüchtlingen" durch die USA unterstellt, denn diese seien „wegen ihres kriminellen Potentials bedenklich" und spielten „politisch immer die fünfte Kolonne der USA".

Insgesamt, so resümiert Alfred Mechtersheimer in einem Interview in der österreichischen Zeitschrift „Die Aula", lägen die Ursachen heutiger Krieg „in der multiethnischen und multireligiösen Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung". Anhänger multikultureller oder multiethnischer Staaten seien deshalb „potentielle Kriegverbrecher" und „massive Zuwanderung" schaffe die Grundlagen für einen Bürgerkrieg.

Diese befreiungs-nationalistische, ethnopluralistische Argumentation unterstützt auch der „Signal"-Herausgeber Manfred Rouhs, obwohl er den NATO-Krieg (immerhin stärke er das Selbstbewußtsein der Deutschen und mache sie zu einer „normalen Nation") gegen Serbien unterstützt und als „gerechten Krieg" bezeichnet.

Während diejenigen, die den NATO-Krieg lediglich ablehnen, weil sie „deutsches Blut" nur für „deutsche Interessen" vergossen sehen wollen, keine Resonanz in den Medien erfahren, werden gleichermaßen inhumane Argumente auch in größeren Medien aufgegriffen. Das Ostpreußenblatt verweist auf die Verhaltensforschung und stellt fest, daß man dort am wenigsten konfliktbeladen lebe, „wo die Bevölkerung weitgehend homogen" sei, „wo es keine grundsätzlichen und tiefreichenden Unterschiede in Abstammung, Religion, Tradition und Kultur" gebe.

Derartige Gedanken führt der Karl-Otto Hondrich erreicht ein größeres Publikum, wenn er in der FAZ schließlich diese Argumente konsequent zu ihrem inhumanen Ende führt. Er plädiert für eine völlige Nichteinmischung : „Der Konflikt gehört zu den unlösbaren - allerdings nur aus der Sicht des Westens. Von den Beteiligten selbst ist er lösbar: in der Machtprobe des Freiheitskampfes oder der Unterwerfung", weil, so Hondrich weiter, das „Verbrechen der Vertreibung in eine stabilere Ordnung münden könnte...".

Claudius Tiefendorfer

Haiders Triumph

Nach dem Sieg in Kärnten wollen die „Freiheitlichen" auch bei den EU-Wahlen zulegen

„Ich bin am Ziel meiner Träume", verkündete er glückselig. Jörg Haider, Chef der „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ), ist zum zweiten Mal nach 1989 zum Landeshauptmann (entspricht einem Länder-Ministerpräsidenten in Deutschland) von Kärnten gewählt worden. Die 16 Stimmen seiner „Freiheitlichen" genügten schließlich, denn die ÖVP enthielt sich der Abstimmung und die Sozialdemokraten hatten für ihren Kandidaten lediglich zwölf Stimmen zur Verfügung.

Zufrieden grinsend diktierte er dem aufgeregten ORF-Reporter ins Mikro, dass er im Grunde alles erreicht habe und dass ihm das jetzt genüge. Also kein Bundeskanzler Haider? Nein, meint dieser - außerdem wäre es seinen vielen Wählern gegenüber sehr arrogant, schon jetzt über eine etwaige Kandidatur laut nachzudenken. Einfach ehrlich, einfach Jörg - wie immer. Das ist toll. Der Mann vergißt auch im Moment des Triumphes seine treuen Gesinnungsgenossen nicht.

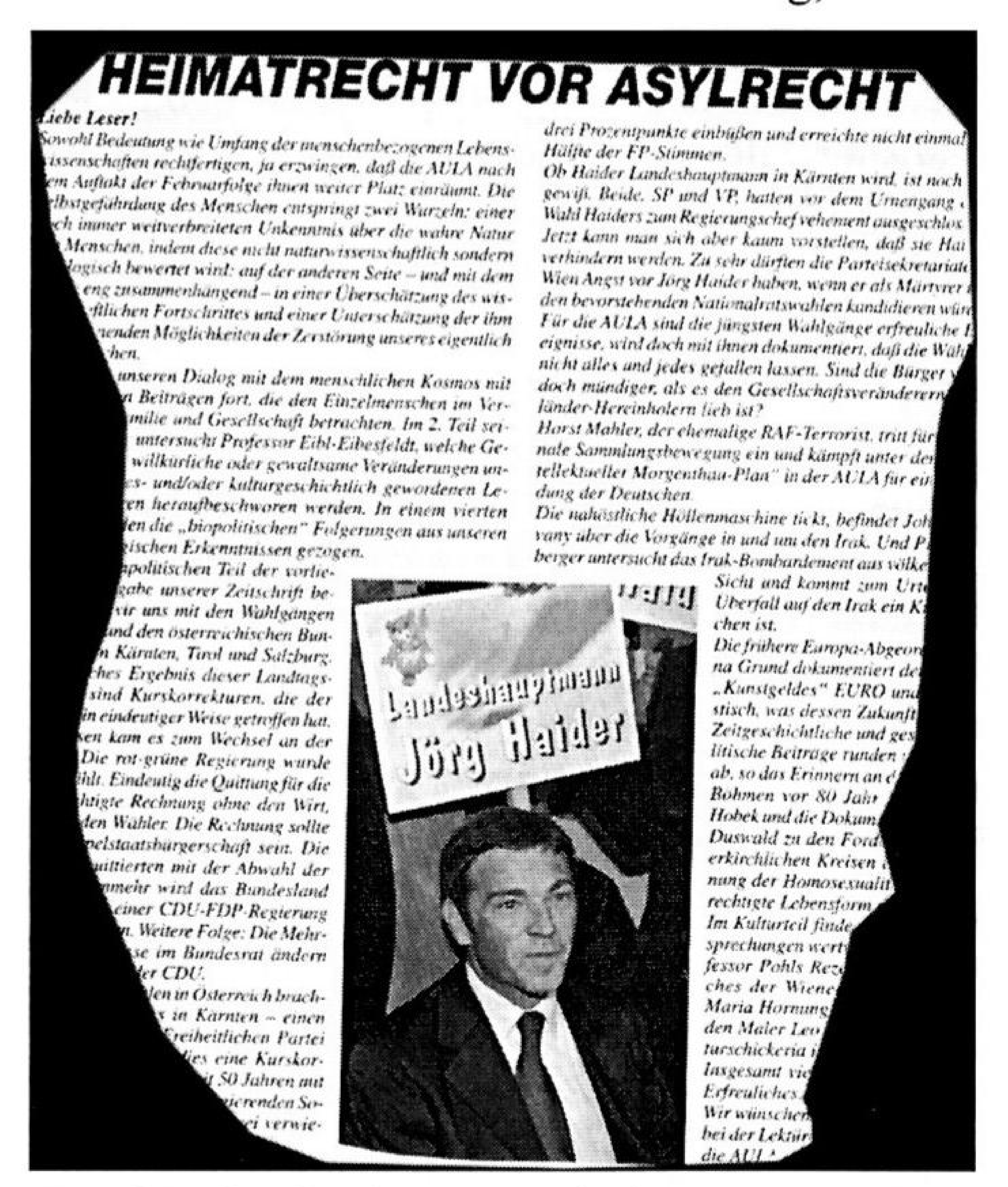
Doch irgendwie ließ die Hofübergabe im karinthischen Hauptort Klagenfurt die sonstigen ekstatischen Jubelstürme der FPÖ-ler vermissen. Auch etwaige flammende Kampfansagen und verbale Attacken gegen seine politischen Widersacher blieben diesmal aus. Haider hat ab sofort andere Sorgen. Zum Beispiel die Konstituierung des Landtags.

Besonders belohnt wurde dabei die Volkspartei (ÖVP). Sie, die bis zuletzt gedroht hatte, die Wahl Haiders zum Landeshauptmann platzen zu lassen, heimste die Verwaltung der Landwirtschaft, der Gemeinden, der Raumordnung, einen Teil der EU-Agenden und die Verteilung von EU-Fördermitteln ein. Kein Wunder also, dass man seitens der ÖVP plötzlich nicht mehr das Haider-Verhindern proklamierte, sondern lammfromm von einem demokratischen Ergebnis säuselte, das man „zur Kenntnis nehmen" müßte. Die Sozialdemokraten hingegen witterten natürlich die Gefahr und spuckten ob der von ihnen diagnostizierten „Packelei" Gift und Galle. Haider kann's egal sein. Er genießt nicht nur in Kärnten, sondern auch im übrigen Bundesgebiet breite Sympathien, die ihn und seine „Freiheitlichen" geradewegs zum nächsten Erfolg tragen: den EU-Wahlen.

Schon 1996 lag die FPÖ mit mehr als 27 Prozent nur knapp hinter SPÖ (rund 29%) und ÖVP (knapp 30%). Diesmal hat man es Haider jedoch leichter gemacht, Wählerstimmen zu sammeln. Neben den Skandalen in Brüssel, dem Rücktritt der EU-Kommission und der undefinierbaren EU-Politik der österreichischen Bundesregierung wird besonders ein Thema den Wahlkampf beherrschen: die EU-Ost-Erweiterung. Ein Zusammenhang zwischen Rekordarbeitslosigkeit und wachsender Angst vor verstärkter Zuwanderung muß von Haider nur noch zeitgerecht aufbereitet werden, medienwirksam ist er ohnehin.

Entsprechend gelassen reagiert die Partei: Ihren Spitzenkandidaten für die Europawahlen am 13. Juni will sie erst im Mai vorstellen. Es ist aber auch ziemlich egal, wer da vorgestellt wird, denn Haider hat die Bundespartei weiterhin fest in der Hand. Und er wird sie sich nicht so schnell entreißen lassen. Auch nicht als vielbeschäftigter Landeshauptmann Kärntens.

Beängstigend ist allerdings die Akzeptanz, die Haider in Österreich mittlerweile entgegengebracht wird. Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute ergaben jüngst, dass ein beträchtlicher Teil der Österreicher der FPÖ durchaus Regierungsfähigkeit attestiert. Und das mit einem Mann an der Spitze, der sich immer noch nicht von seiner Äußerung, es habe



HEIMATRECHT VOR ASYLRECHT

Liebe Leser!
Sowohl Bedeutung wie Umfang der menschenbezogenen Lebens-
issenschaften rechtfertigen, ja erzwingen, daß die AULA nach
em Auftakt der Februarfolge ihnen weiter Platz einräumt. Die
lbstgefährdung des Menschen entspringt zwei Wurzeln: einer
ch immer weitverbreiteten Unkenntnis über die wahre Natur
Menschen, indem diese nicht naturwissenschaftlich sondern
logisch bewertet wird: auf der anderen Seite – und mit dem
eng zusammenhängend – in einer Überschätzung des wis-
ftlichen Fortschrittes und einer Unterschätzung der ihm
enden Möglichkeiten der Zerstörung unseres eigentlich
hen.
unseren Dialog mit dem menschlichen Kosmos mit
n Beiträgen fort, die den Einzelmenschen im Ver-
milie und Gesellschaft betrachten. Im 2. Teil sei-
untersucht Professor Eibl-Eibesfeldt, welche Ge-
willkürliche oder gewaltsame Veränderungen un-
s- und/oder kulturgeschichtlich gewordenen Le-
en heraufbeschworen werden. In einem vierten
en die „biopolitischen" Folgerungen aus unseren
ischen Erkenntnissen gezogen.
politischen Teil der vorlie-
gabe unserer Zeitschrift be-
ir uns mit den Wahlgängen
und den österreichischen Bun-
n Kärnten, Tirol und Salzburg.
hes Ergebnis dieser Landtags-
sind Kurskorrekturen, die der
in eindeutiger Weise getroffen hat.
en kam es zum Wechsel an der
Die rot-grüne Regierung wurde
hlt. Eindeutig die Quittung für die
htigte Rechnung ohne den Wirt,
den Wähler. Die Rechnung sollte
elstaatsbürgerschaft sein. Die
ittierten mit der Abwahl der
mehr wird das Bundesland
einer CDU-FDP-Regierung
n. Weitere Folge: Die Mehr-
se im Bundesrat ändern
er CDU.
len in Österreich brach-
s in Kärnten – einen
Freiheitlichen Partei
ies eine Kurskor-
t 50 Jahren mit
ierenden So-
i verwie-

drei Prozentpunkte einbüßen und erreichte nicht einmal
Hälfte der FP-Stimmen.
Ob Haider Landeshauptmann in Kärnten wird, ist noch
gewiß. Beide, SP und VP, hatten vor dem Urnengang
Wahl Haiders zum Regierungschef vehement ausgeschlos
Jetzt kann man sich aber kaum vorstellen, daß sie Hai
verhindern werden. Zu sehr dürften die Parteisekretariate
Wien Angst vor Jörg Haider haben, wenn er als Märtyrer
den bevorstehenden Nationalratswahlen kandidieren wür
Für die AULA sind die jüngsten Wahlgänge erfreuliche E
eignisse, wird doch mit ihnen dokumentiert, daß die Wäh
nicht alles und jedes gefallen lassen. Sind die Bürger
doch mündiger, als es den Gesellschaftsveränderern
länder-Hereinholern lieb ist?
Horst Mahler, der ehemalige RAF-Terrorist, tritt für
nale Sammlungsbewegung ein und kämpft unter de
tellektueller Morgenthau-Plan" in der AULA für ei
dung der Deutschen.
Die nahöstliche Höllenmaschine tickt, befindet Joh
vany über die Vorgänge in und um den Irak. Und P
berger untersucht das Irak-Bombardement aus völke
Sicht und kommt zum Urt
Überfall auf den Irak ein K
chen ist.
Die frühere Europa-Abgeor
na Grund dokumentiert de
„Kunstgeldes" EURO un
stisch, was dessen Zukunft
Zeitgeschichtliche und ge
litische Beiträge runden
ab, so das Erinnern an d
Böhmen vor 80 Jahr
Hobek und die Dokum
Duswald zu den Ford
erkirchlichen Kreisen
nung der Homosexualit
rechtigte Lebensform
Im Kulturteil finde
sprechungen wert
fessor Pohls Rez
ches der Wiene
Maria Hornung
den Maler Leo
turschickeria i
Insgesamt vi
Erfreuliches
Wir wünschen
bei der Lektür
die AULA

Der frischgebackene Landeshauptmann Jör Haider. Ausschnitt aus der neofaschistischen Zeitschrtift „Aula"

„im Dritten Reich eine ordentliche Beschäftigungspolitik" gegeben, distanziert oder sich gar für sie entschuldigt hat.

Offenbar sieht man das in Deutschland ähnlich oder hegt die irrationale Hoffnung, Haider könnte sich irgendwann doch zu einem Demokraten entwickeln, reifer werden und sich keine „Umfaller" mehr leisten. Vergessen wird dabei, dass der Führer der „Freiheitlichen" zu den erfahrensten Oppositionspolitikern Europas zählt und „lautes Nachdenken" taktisch einzusetzen gelernt hat. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Liste seiner „verbalen Verfehlungen" - wie es in österreichischen Medien heißt - wieder länger wird.

Doch der Blaue Jörg braucht sich um seine Karriere nicht zu sorgen. Wie gelähmt stehen zur Zeit die anderen Parteien da, echauffieren sich über seinen Rechtspopulismus, setzen ihm jedoch nichts entgegen. Im Gegenteil sind Äußerungen über Haider von einer Mischung aus Naivität und Verharmlosung geprägt. Andreas Rudas, Bundesgeschäftsführer der zur Zeit stimmenstärksten Partei Österreichs, den Sozialdemokraten, ist beispielsweise der Ansicht, die FPÖ hätte keinen Bonus bei den EU-Wahlen zu erwarten. Begründung: Der Wähler könne sehr wohl unterscheiden und wisse, dass bei einem „so wichtigen Projekt" eine Fundamentalopposition wie die der FPÖ der falsche Weg sei.

Ähnlich einfach argumentiert der Koalitionspartner ÖVP: Generalsekretär Othmar Karas meint gar, Österreichs Interessen seien durch Außenminister Wolfgang Schüssel und die ehemalige Nachrichtensprecherin und heutige EU-Repräsentantin der ÖVP in Brüssel, Ursula Stenzel, am kompetentesten und besten vertreten. Für Haider sind die Aussagen solcher Selbstvermarktungs-Laien ein Festmahl. Die Frage ist nur, wie opulent es in den nächsten Wochen ausfallen wird.

Sollten die „Freiheitlichen" auch am 13. Juni als Sieger aus der Wahl hervorgehen, wird es für die rot-schwarze Regierungskoalition eng. Denn von einer weiteren Niederlage gegen den „Vertreter der Ehrlichen und Fleißigen dieses Landes" würden sich weder SPÖ noch ÖVP bis zur Nationalratswahl Anfang September erholen. Politik der Mitte, so scheint es, ist in Österreich immer weniger gefragt. Dennoch wird sie von den beiden Großparteien mit solch einer Inbrunst verteigt, dass man ihnen fast schon Unlust am Regieren unterstellen möchte.

Dabei hat Haider bislang noch keine Silbe über die Flüchtlinge aus dem Kosovo verloren. Zwar sitzt mit dem Sozialdemokraten Karl Schlögl nicht gerade ein Linker an den Hebeln der Innen-, also auch Ausländerpolitik. Doch früher oder später werden einige Tausend Kosovo-Albaner nach Österreich kommen. Und da man zur Zeit davon ausgehen kann, dass sie nicht so rasch in das Kosovo zurückkehren werden können, kann Haider erneut seine wichtigste Karte spielen, den weitverbreiteten Rassismus der Bevölkerung nutzen und so gleichzeitig der Regierung Druck machen.

Um selbst die Regierung irgendwann einmal übernehmen zu können, bedarf es jedoch bei den „Freiheitlichen" konsequenter Nachwuchsarbeit. Denn ein geeigneter Nachfolger für Haider ist momentan nicht auszumachen. Als aussichtsreichster Kandidat wird der Vorarlberger Landeschef Alfons Gorbach gehandelt, auch Generalsekretär Peter Westenthaler taucht als potentieller Thronfolger regelmäßig in den Zeitungen auf.

Es wäre allerdings auch keine Überraschung, sollte diesmal eine Frau das Rennen machen. Susanne Rieß-Passer, ebenfalls Generalsekretärin der FPÖ, brächte zumindest die Eigenschaft mit, sich medial in Szene setzen zu können. Doch wer es auch immer sein wird - ohne Haider im Hintergrund geht nichts. Persönlich in die Bresche springen kann er diesmal nicht, denn an seinen derzeitigen Posten ist er die nächsten fünf Jahre gebunden. Die Zeit, seinen Schützlingen an den Rednerpulten beizustehen und die Werbetrommel für die Nationalratswahl mitzurühren, wird er sich aber sicher nehmen.

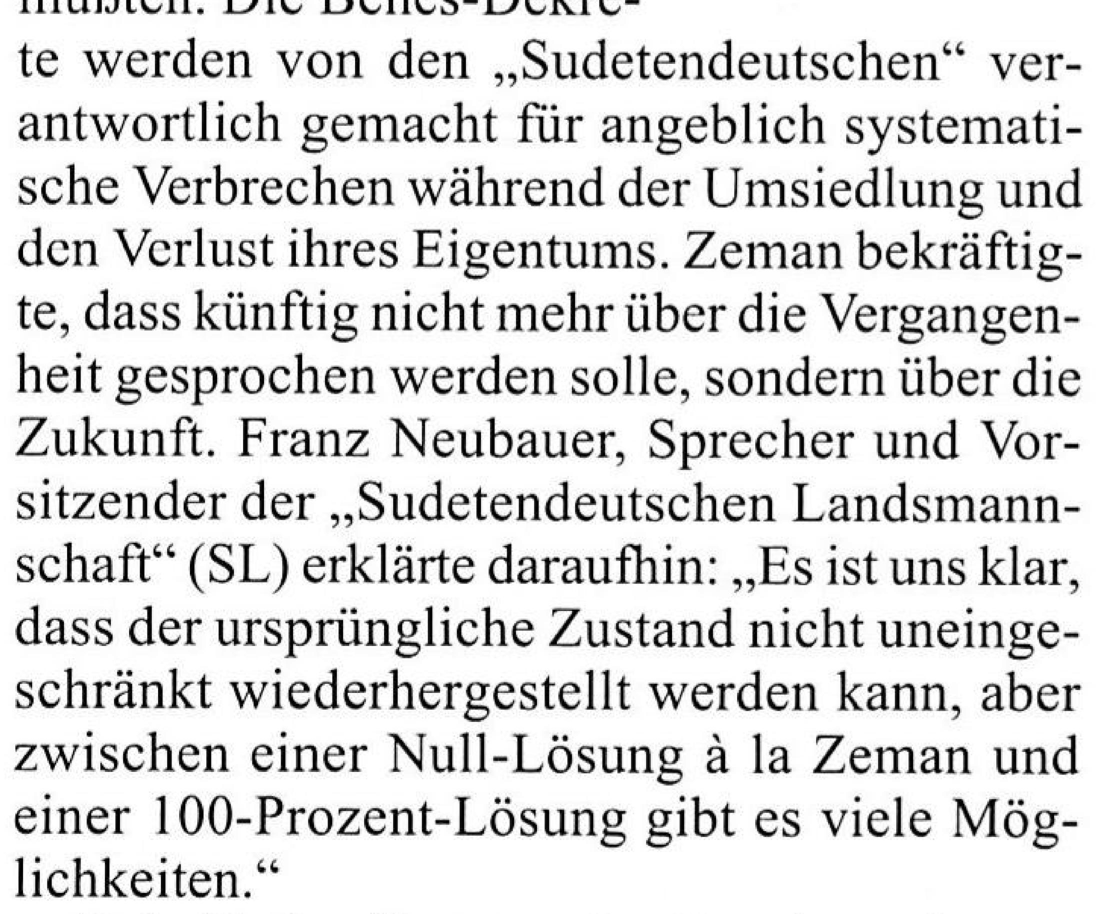
Samuel Salzborn

„Sudetendeutsche" Geschichtchen

„Vertriebene" gegen Schröder/Zeman-Erklärung

Der Kanzler habe „elementare Rechte der Vertriebenen" preisgegeben und müsse deshalb zurücktreten, empörte sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL), Bernd Posselt (CSU-MdEP), Anfang März in München. Da die „Sudetendeutschen ein Teil des deutschen Volkes" seien, habe Bundeskanzler Gerhard Schröder „seinen Amtseid verletzt, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden".

Und das nur, weil Schröder nach einem Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman am 8. März erklärt hatte, das Verhältnis von Bundesrepublik und Tschechischer Republik solle nicht länger durch politische und rechtliche Probleme gekennzeichnet werden. Vielmehr sei eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu erstreben. Man wolle einen „Schlußstrich" unter die Differenzen der vergangenen Jahrzehnte ziehen, wobei die Forderungen der „Vertriebenenverbände" künftig „nicht mehr die deutsche Außenpolitik belasten" sollten. Zeman sprach von einer „neuen Etappe" in den deutsch-tschechischen Beziehungen. Ferner stellte er fest, dass die sogenannten Benes-Dekrete durch Zeitablauf erledigt seien und somit auch nicht aufgehoben werden müßten. Die Benes-Dekrete werden von den „Sudetendeutschen" verantwortlich gemacht für angeblich systematische Verbrechen während der Umsiedlung und den Verlust ihres Eigentums. Zeman bekräftigte, dass künftig nicht mehr über die Vergangenheit gesprochen werden solle, sondern über die Zukunft. Franz Neubauer, Sprecher und Vorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL) erklärte daraufhin: „Es ist uns klar, dass der ursprüngliche Zustand nicht uneingeschränkt wiederhergestellt werden kann, aber zwischen einer Null-Lösung à la Zeman und einer 100-Prozent-Lösung gibt es viele Möglichkeiten."

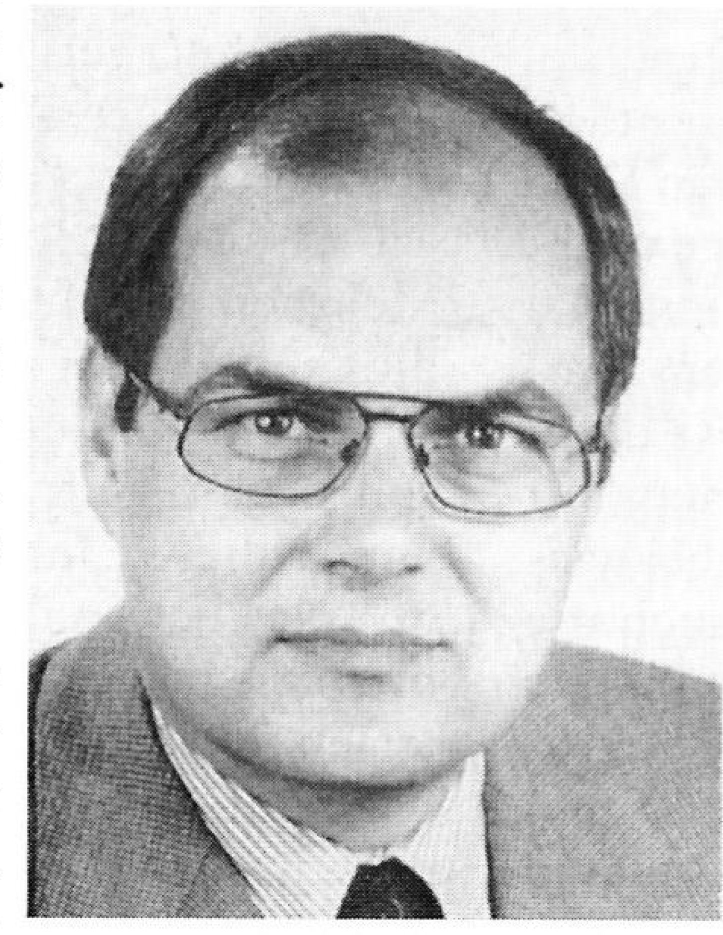


Bernd Posselt

Dabei habe die rot-grüne Bundesregierung durch die Ankündigung, auf eine Vermögensrückgabe zu verzichten, ihre „Rechtsposition nicht aufgegeben" und auch „auf keine individuelle Rechtsposition verzichtet", wie Schröders außenpolitischer Berater Michael Steiner betonte. Dies, so Steiner weiter, könne sie auch gar nicht. Diejenigen, die sich vermögensrechtlich benachteiligt fühlten, könnten natürlich weiterhin „vor den tschechischen Gerichten klagen". Auch werden die deutschen Bürger, die vor tschechischen Gerichten materielle Ansprüche geltend machen wollen, weiterhin durch die Bundesregierung und deren Vertretung in Prag unterstützt werden, betonte Steiner. Denn die Bundesregierung habe lediglich eine Selbstverständlichkeit klar aussprechen wollen, nämlich dass sie auf völkerrechtlicher Ebene keine Forderungen gegenüber der Tschechischen Republik formulieren werde. Insofern sei die Übereinkunft Schröders und Zemans eine „politische Erklärung" und vor allem psychologisch wirksam, meinte Steiner bei einer Pressekonferenz kurz nach dem Treffen.

Doch staatsrechtliche Zweideutigkeiten reichen den „Vertriebenen" keinesfalls. Im Gespräch mit der Düsseldorfer Tageszeitung „Rheinische Post" erklärte die Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), Erika Steinbach, sie werde „verfassungsrechtliche Schritte" gegen die Zusagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder prüfen lassen. Denn die Bundesregierung habe „auf Rechte eines großen Teils der eigenen Bevölkerung einfach verzichtet und damit ihre Obhutspflicht verletzt", wie die Frankfurter Christdemokratin gegenüber der „Berliner Morgenpost" konkretisierte. Wie sich die „Vertriebenen" die Lösung des Problems vorstellen, brachte Rudolf Hilf, Mitglied des „Sudetendeutschen Rates", auf den Punkt. Er erklärte, dass „die Sache" nur „zwischen den Tschechen und uns Sudetendeutschen bereinigt werden" könne - sonst bleibe sie „wie ein Zankapfel allen Regierungen im Halse stecken".

Der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) warf dem Kanzler einen „kaltschnäuzigen Umgang" mit den Gefühlen der „Vertriebenen" vor. CSU-Generalsekretär Thomas Goppel ergänzte: „Auf der einen Seite läßt die Bundesregierung nichts unversucht, um mit einer doppelten Staatsbürgerschaft Millionen von Ausländern den deutschen Paß aufzudrängen, auf der anderen Seite macht er (gemeint ist Gerhard Schröder; Anm.d.Verf.) die eigenen Landsleute, denen er hochnäsig gewährt, ihre kulturellen Wurzeln pflegen zu dürfen, zu gesellschaftlichen Randgruppen." Und Christian Schmidt, außen- und sicherheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, fragte im „Bayernkurier" mit Blick auf eine mögliche Entschädigung von Zwangsarbeitern: „Können Rechte nur gegen Deutschland und nie von Deutschen geltend gemacht werden?" Es verwunderte kaum, dass auch in einer Entschließung der bayrischen CSU-Landtagsfraktion gegen Schröder ins Feld geführt wurde, seine Äußerungen seien „geschichtslos, unverständlich und unsensibel".



Beklagt, daß Rechte nur gegegn Deutschland geltend gemacht werden können: Christian Schmidt

Geschichtslos hingegen ist nur der Zerbel um die „Sudetendeutschen". Denn eigentlich möchte man - wie Götz Aly es in diesem Zusammenhang in der „Berliner Zeitung" getan hat - nur darauf verweisen, dass es den Begriff „Sudetendeutsche" historisch nie gegeben hat und dass er ausschließlich ein politischer Kampfbegriff ist.

Geprägt wurde der Begriff „sudetendeutsch" durch die „Sudetendeutsche Partei" (SdP): „Keine einzige der deutschen politischen Parteien, die sich nach 1918 auf dem Boden der Tschechoslowakei konstituierten, firmierte 'sudetendeutsch', auch nicht die nationalsozialistische, die den Nationalsozialismus schon vor Hitler im Schilde führte. Das änderte sich erst Ende 1933 mit dem Auftreten von Konrad Henleins 'Sudetendeutscher Heimatfront', die später als 'Sudetendeutsche Partei' (SdP) auftrat." (Johann Wolfgang Brügel: Tschechen und Deutsche 1918-1938; München 1967) So spricht der tschechische Autor Frederic Walter Nielsen konsequenterweise davon, dass es sich bei dem Begriff „Sudetendeutsche" um ein „erst seit Beginn dieses Jahrhunderts gebräuchliches Pseudonym" handele. Auch der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann stellt in diesem Zusammenhang fest: „Erst im 20. Jahrhundert bürgerte sich das Kunstwort 'Sudetendeutsche' ein".

Ein Ziel bei der Initiierung der Begrifflichkeit umreißt Rudolf Jahn in einer affirmativen Biographie Konrad Henleins von 1938 wie folgt: „Da dem Sudetendeutschtum zur Schaffung der völkischen Einheit keinerlei Machtmittel zur Verfügung standen, war es von vornherein klar, dass die völkische Neuordnung zunächst eine Erziehungsfrage war: Erziehung zum völkischen Bewußtsein und zur Volksgemeinschaft, zu einem starken politischen Willen und zu tatbereiter Abwehr." Jahn war unter anderem als Gauhauptstellenleiter in der Kanzlei Konrad Henleins, NS-Gauturnführer und SA-Standartenführer tätig. Als rein geographische Bezeichnung war der Begriff „Sudetenland" auch Anfang der 1930er Jahre noch unüblich. Selbst der „Historische Schulatlas" von 1934 spricht noch von „Böhmen" und „Mähren". Sind die „Sudetendeutschen" auch historisch eine Erfindung, bleiben sie doch bittere politische Realität.

Andreas Speit

Mobilmachung gegen die „Wehrmachtsausstellung“

Am 15. März wäre es soweit gewesen. Die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ (GfW) hatte zur ideologischen Aufrüstung gegen das Hamburger Institut für Sozialforschung in das Verteidigungsbezirkskommando 10 eingeladen.

Anläßlich der am 31. Mai erneut nach Hamburg kommenden Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ sollte Rüdiger Proske die Verteidigung vorbereiten. Doch den „ersten Waffengang“ verloren sie. Die Bundeswehr sagte die Veranstaltung der GfW mit dem Hamburger Publizisten und ehemaligem Panorama-Mitarbeiter, die in ihren Räumen stattfinden sollte, ab. Nachdem bekannt geworden war, daß Proske in der Aula des Verteidigungsbezirkskommandos seine „Streitschrift“ - mit dem programmatischen Titel „Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken“ - vorstellen sollte. Die Bundeswehr sieht darin eine „Gefährdung ihrer Liegenschaften“, wie Klaus-Dieter Ülhoff, GfW-Präsident, erklärte. Die Pressestelle der Bundeswehr versicherte, daß allein die Person Proske und nicht die Organisation GfW Grund für die kurzfristige Absage war.


„Es gibt Leute, die einen gewissen autosuggestiven Masochismus gegenüber dem eigenen Land für ihre Aufgabe halten. Dazu gehört *Hannes Heer*, dazu gehört *Jan Philipp Reemtsma*. Die gibt es in jedem Land. Die muß man ertragen.“

Helmut Schmidt
Alt-Bundeskanzler

aus FOCUS 1/1999 Foto: DMZ-Archiv

Ausriß aus der „Deutschen Militärzeitschrift April-Juni 1999

Seit der Veröffentlichung seiner „Streitschrift“ 1996 gilt Proske, langjähriges SPD-Mitglied, als Kronzeuge gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Proske, der als Jagdflieger 1940 über London abgeschossen wurde, meint, daß „das Hamburger Institut“ „vorsätzlich generalisiert“ und „pauschalisiert“ um die Wehrmacht als eine „Verbrecherorganisation“ darzustellen. Die Ausstellung sei „unwissenschaftlich“ und eine „linksradikale Politikkampagne“.

In einem Gespräch mit den „Bremer Nachrichten“ erklärte Proske 1996: „Die Ausstellung ist ja sehr geschickt gemacht. Vielleicht war es ja ein Schüler von Goebbels, der auf die Idee gekommen ist: Damals haben die rechten Radikalen die Juden verfolgt; und jetzt verfolgen die linken Radikalen die Wehrmacht“.

Proskes Vorwürfe, so urteilt Werner Rahn als Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, lassen allerdings „Lücken in seinem Verständnis wissenschaftlicher Arbeit und eine fehlende Auseinandersetzung mit den Forschungsergebnissen zur Geschichte des zweiten Weltkriegs erkennen“.

Schnell avancierte die Streitschrift auf Platz 1 der Bestsellerliste der „Jungen Freiheit“ (JF), für die auch „Nation & Europa“ sowie „Deutsche National-Zeitung“ warben. „Man kann es nicht vermeiden, daß man falsche Freunde bekommt“, verteidigt sich Proske und verschweigt, daß er der „Jungen Freiheit“ (JF) ein Interview gab. Aber auch die GfW wußte, auf wen sie sich im Kampf verlassen kann. Über Wochen war die Veranstaltung der Hamburger Sektion der GfW in der JF angekündigt - wo regelmäßig auf ihre Veranstaltungen hingewiesen wird.

Proskes Gastgeber, die sich der „Stärkung der Verteidigungsbereitschaft“ verschrieben haben, sind seit ihrer Gründung 1952 eng mit der Bundeswehr verbunden. Angesichts der bevorstehenden Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wurde die GfW ins Leben gerufen, um das „Verständnis für die Notwendigkeit“ in der Gesellschaft zu verankern. Im Kuratorium der Gesellschaft sitzen u.a. der Generalinspektor der Bundeswehr, Hartmut Bagger, sowie der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Walter Kolbow. Und ihr „offizielles Organ“, die „Europäische Sicherheit“, erscheint unter ständiger Mitarbeit von Angehörigen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, der Führungsakademie der Bundeswehr, sowie des Verteidigungsministeriums, des Auswärtigen Amts und des Innenministeriums.

Bereits im Februar ist bekannt geworden, daß die GfW, bestehend aus 115 Sektionen, jahrelang Referenten beschäftigte, die Verbindungen zur extremen Rechten haben. Neben anderen zu General a.D. Franz Uhle-Wettler und Hans-Ulrich Kopp.

Wie in der Vergangenheit sollte die GfW dieses Jahr über 400.000 DM von der Bundesregierung erhalten, wovon schon 200.000 DM ausgezahlt wurden. Mittlerweile hat die Bonner Regierung die ausstehende Summe eingefroren. „Es kann nicht angehen, daß mit Steuergeldern rechtsradikale Agitation finanziert oder möglich wird“, sagt Regierungssprecher Uwe-Carsten Heye. Etwas anders stellt es die Pressestelle der Bundeswehr dar. Die geringe Zahlung sei nicht auf den Vorwurf rechtsextremer Beziehungen zurückzuführen, sondern auf die allgemeinen Sparmaßnahmen.

Grundsätzlich, so daß Bundespresseamt, verdiene die GfW immer noch das Vertrauen der Bundesregierung. Dennoch müsse sie geprüft und einschneidend reformiert werden. Denn auch relativ große Organisationen könnten Opfer von Unterwanderungen werden. So sei der Vorstand über die eingeladenen Personen und Organisationen meist nicht informiert gewesen.

Indirekt bestätigt dies auch Ülhoff: Bei der geplanten Lesung von Proske handele es sich nicht um seine Veranstaltung, vielmehr sei es eine der Hamburger Sektion. Das Proske sich auch in der „Europäischen Sicherheit“ zu der Thematik äußerte, scheint Ülhoff als Vorsitzender und Mitglied des Beirats der Monatszeitschrift überlesen zu haben.

Strukturelle Reformen hält er auch nicht für nötig, schließlich verfüge die Gesellschaft „über eine demokratische Satzung, demokratische gewählte und ehrbare Landesvorsitzende“. So beziehen sich die geforderten Reformen seiner Meinung nach nur auf bestimmte Referenten, die das Bundespresseamt nicht mehr akzeptieren will. Deutlicher ist der Geschäftsführer der GfW, Brigadegeneral a.D. Gerd Eckert: Es sei einfach nur „bodenlos, was da mit uns gemacht wird“. Schutzlos ausgeliefert scheinen sie den „Verleumdungen“ aber nicht zu sein. Ülhoff wurde umgehend vom Bundespresseamt über Recherche-Nachfragen zu seiner Gesellschaft informiert.

„Deutschland-Stiftung“

In der letzten Ausgabe des von der „Deutschland-Stiftung e.V.“ herausgegebenen „Deutschland-Magazin“ finden sich revisionistische Töne. Hartmut Koschyk beklagt in einem Interview den Kurs der neuen Bundesregierung gegenüber dem revisionistischen „Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ (VDA), vormals „Verein für das Deutschtum im Ausland“: „Wir sind wohl ein Bauernopfer für die ideologische Front der Grünen.“ In einem mehrseitigen Beitrag polemisiert der Revisionist Dr. Alfred Schickel (66), ehemaliger Redakteur und regelmäßiger Autor der „Jungen Freiheit“, wider den Vertrag von Versailles. Zudem wird das geschichtsrevisionistische Buch „Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit“ von Wolfgang Strauss (67) in der März-Ausgabe des „Deutschland-Magazin“ wohlwollend rezensiert. Das ehemalige NPD-Mitglied Strauss, Autor in zahlreichen rechtsextremen Periodika, gehört seit 1992 der Redaktion von „Nation & Europa“ an.

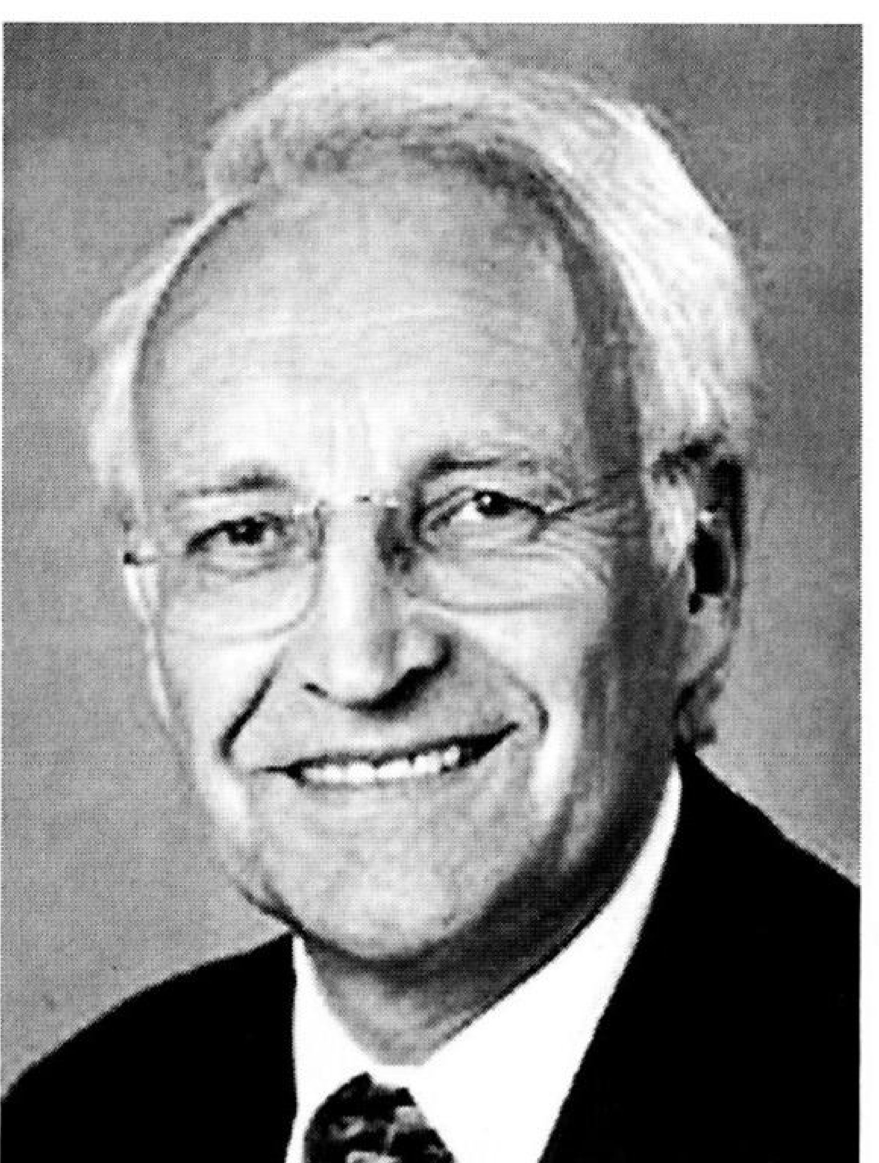
Matthias Rauch

Die säkularisierte Gesellschaft als Kampfbegriff in der konservativen Wertedebatte

In Bayern gingen "Fortschritt und Tradition Hand in Hand" diagnostizierte das rechtsradikale „Deutschland-Magazin" die von Ministerpräsidenten Stoiber und der CSU betriebenen Politik. Nur in Bayern sei es gelungen, wirtschaftlichen Fortschritt in Einklang mit der von Konservativen eingeforderten christlichen Wertebasis zu bringen. Kurz vor der Bundestagswahl im September 1998 sollte der Artikel noch einmal das rechte Wahlvolk für die Union mobilisieren.

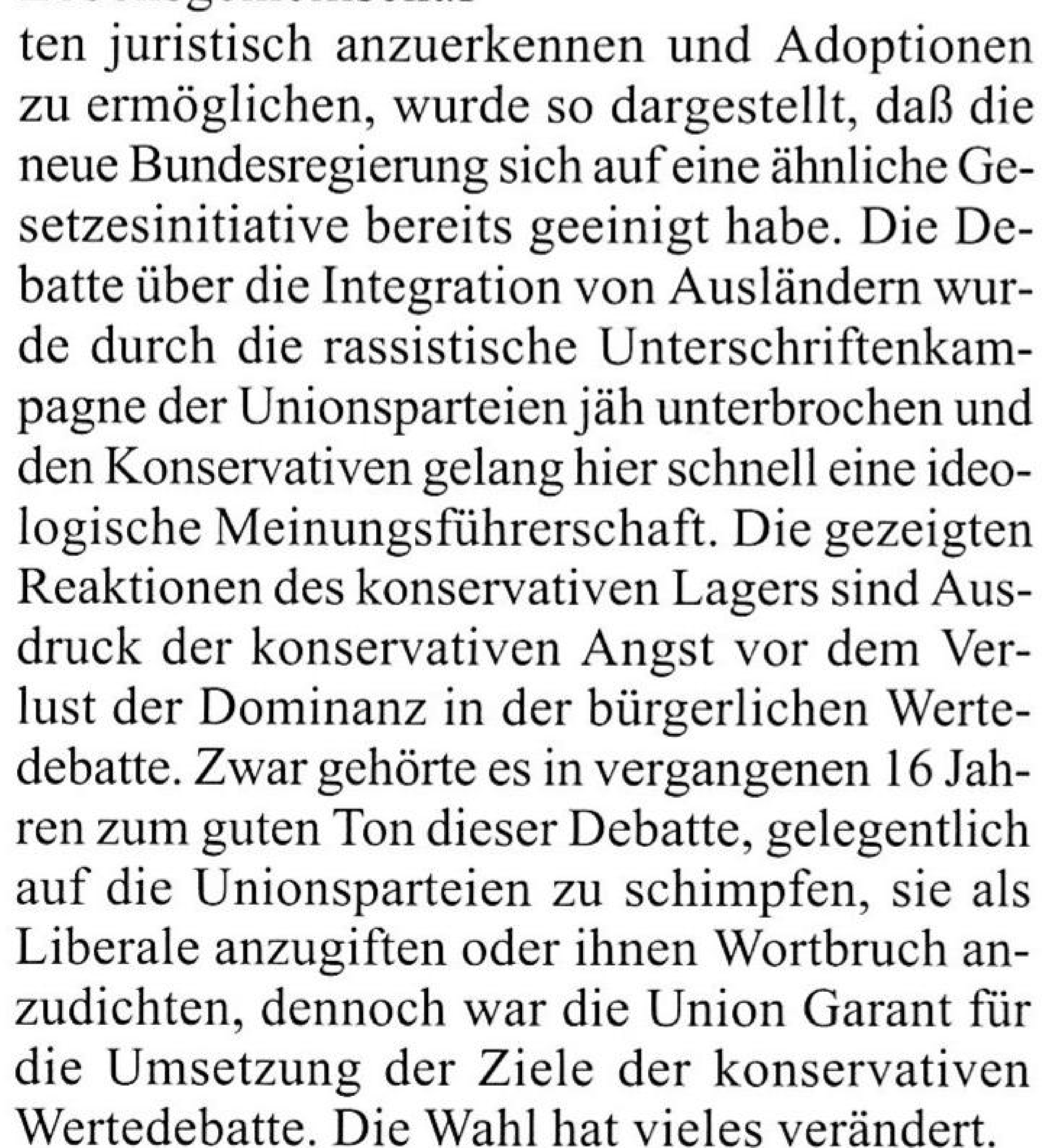
Das „Deutschland-Magazin" bot in einem Interview dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber Platz für eine selbstgefällige Darstellung der vermeintlichen Erfolge seiner Landesregierung, die angeblich die richtige Gewichtung zwischen Fortschritt und Tradition beherrsche. Stoiber nutzte das Interview auch, um die große Schwesterpartei auf einen gemeinsamen Weg einzuschwören. Die Union müsse sich weiter nach rechts zu orientieren, um eine stabile Mehrheit bei der Wahl zu sichern. Denn nur wenn es gemeinsam gelinge, sich nach rechts zu profilieren, sei es möglich, Stimmen zu gewinnen, die ansonsten bei rechtsradikalen Parteien blieben. Neben den rechtsradikalen Wählern, die mittels des Versprechens rassistischer Politik an die Union gebunden werden sollten, versuchte Stoiber auch das rechtskonservative Spektrum durch Versprechen der Bewahrung der christlichen Wertebasis fester an die Union zu binden. Diese beide Spektren garantieren einen bundesweiten Wahlsieg. Die Forderung der CSU an ihre große Schwesterpartei beschreibt den schwierigen Spagat, der von konservativen Strategen sei 1945 gewagt wurde. Im Zuge des sogenannten Technokratischen Konservatismus vollzog der Konservatismus einen ideologischen Wandel hin zu einer Bejahung des technischen Fortschritts. Gleichzeitig hielt er an der Vorstellung einer traditionalistischen Gesellschaft und Familie fest. Im Mief der Kanzlermonarchie Adenauers schien diese Kombination noch zu klappen, doch spätestens seit Ende der 60er Jahre zeigen sich die gesellschaftlichen Folgen der konservativen Wirtschaftspolitik. Die bürgerliche Gesellschaft der 90er hat wenig gemein mit dem konservativen Gesellschaftsentwurf, weder gibt es eine dominierende Kultur, noch fühlt sich ein Großteil der Gesellschaft dem christlichen Wertekanon verbunden. Im Zuge des wirtschaftlichen Fortschritts setzte sich eine gesellschaftliche Emanzipation durch. Heute sind homosexuelle Lebensgemeinschaften genauso wie das langjährige Zusammenleben ohne Trauschein möglich. Zahlreiche Ehen zerbrechen unter anderem an den Folgen der Wirtschaftspolitik, so daß viele Kinder mit nur einem Elternteil aufwachsen. Neben der Existenz anderer Kulturen und Religionen in Deutschland zeigt sich der kulturelle Wandel vor allem in einer weitgehenden Emanzipation der Frauen. In dem Interview stilisierte Stoiber die kommende Bundestagswahl zu einer Richtungswahl. Er zeichnete das Bild einer von Rot-Grün dominierten Politik, in der die Wirtschaft und die Innere Sicherheit zur Schlachtbank geführt würden.

Die Wahl ging für die Union verloren. Doch gerade bei den Themen, die Stoiber zum Wahlkampf dienten, beeilten sich Schröder, aber auch Innenminister Schily, die Tradition der vorherigen Koalition anzutreten. Die Angst bzw. die Hoffnung vieler auf eine andere Politik verflog in den kommenden Wochen.



Edmund Stoiber

Geradezu hysterische Züge nahm die Wertedebatte an. Lebensschützer warnten vor einer angeblich bevorstehenden Änderung des §218; sie verrannten sich dabei in die Aussage, daß nie in der deutschen Geschichte der Schutz des ungeborenen Lebens so wenig juristische Absicherung gehabt habe und von Rot-Grün eine weitere Liberalisierung zu erwarten sei. Die holländische Regelung schwule und lesbische Lebensgemeinschaften juristisch anzuerkennen und Adoptionen zu ermöglichen, wurde so dargestellt, daß die neue Bundesregierung sich auf eine ähnliche Gesetzesinitiative bereits geeinigt habe. Die Debatte über die Integration von Ausländern wurde durch die rassistische Unterschriftenkampagne der Unionsparteien jäh unterbrochen und den Konservativen gelang hier schnell eine ideologische Meinungsführerschaft. Die gezeigten Reaktionen des konservativen Lagers sind Ausdruck der konservativen Angst vor dem Verlust der Dominanz in der bürgerlichen Wertedebatte. Zwar gehörte es in vergangenen 16 Jahren zum guten Ton dieser Debatte, gelegentlich auf die Unionsparteien zu schimpfen, sie als Liberale anzugiften oder ihnen Wortbruch anzudichten, dennoch war die Union Garant für die Umsetzung der Ziele der konservativen Wertedebatte. Die Wahl hat vieles verändert.



Ein besonderes Moment scheint die Gefahr, die rot-grüne Regierung könne gesellschaftliche Entwicklungen aufgreifen und in Gesetze gießen. Hier wittern die Wortführer der konservativen Wertedebatte einen Dammbruch. Die oben aufgeführten Themen, die konträr zu den konservativen Wertevorstellungen stehen, sind bestimmende Faktoren einer modernen Gesellschaft. Die Angst vor dem Aufgreifen dieser Themen durch die neugewählte Bundesregierung führte nach der Wahl zu einer erneuten Wertedebatte.

Das zentrale Thema der nach der Wahl einsetzenden Debatte hat weit weniger mit der Bundestagswahl als mit dem Entscheid eines Greises im fernen Rom zu tun. Als Oberhirte der deutschen Katholikenherde hatte er die Beteiligung katholischer Einrichtungen am Beratungssystem für Abtreibungen kritisiert, da sich die Kirche hierdurch an den Abtreibungen mitschuldig mache. Er hatte von der deutschen Bischofskonferenz einen schnellstmöglichen Ausstieg gefordert. Ein Großteil der Bischöfe unterstützte, trotz der Gefahr, weiter in die gesellschaftliche Isolation zu geraten, die Ausstiegspläne. Mit der Entscheidung der Bischöfe stand das sogenannte Schwangerschaftsberatungssystem zumindest auf der Kippe. Da ein generelles Verbot von Abtreibungen nicht möglich war, hatte die Regierung Kohl moralische Hürden aufgebaut. In einem modernen Inquisitionsverfahren sollten sich Frauen unter anderem von katholischen Beratungsstellen ein Gespräch über die anstehende Abtreibung bescheinigen lassen. Der Ausstieg der katholischen Kirche stellte das Beratungssystem in Frage. Mit der Bedingung eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen war das als Kompromiß gefeierte Gesetz verabschiedet worden. Gerade die katholische Kirche hatte sich für das Beratungssystem stark gemacht und stellte es jetzt selbst in Frage, wohl auch in der Hoffnung, so weitere Hürden aufbauen zu können und durch ein schrittweises Vorgehen Abtreibungen generell verbieten zu können. Doch sie hatten ihre Rechnung ohne das Wahlvolk gemacht - der Union müde, wählte dieses Rot-Grün. Bereits die erste Amtshandlung sorgte aus der Sicht Konservativer für einen Skandal und ließ sie Schlimmes befürchten. Die Vereidigung der neuen Regierungstruppe erfolgte weitgehend ohne das christliche Glaubensbekenntnis, nur eine Minderheit der Minister rief Gott als Zeugen für ihre Redlichkeit an.

Die Angst der Pharmakonzerne

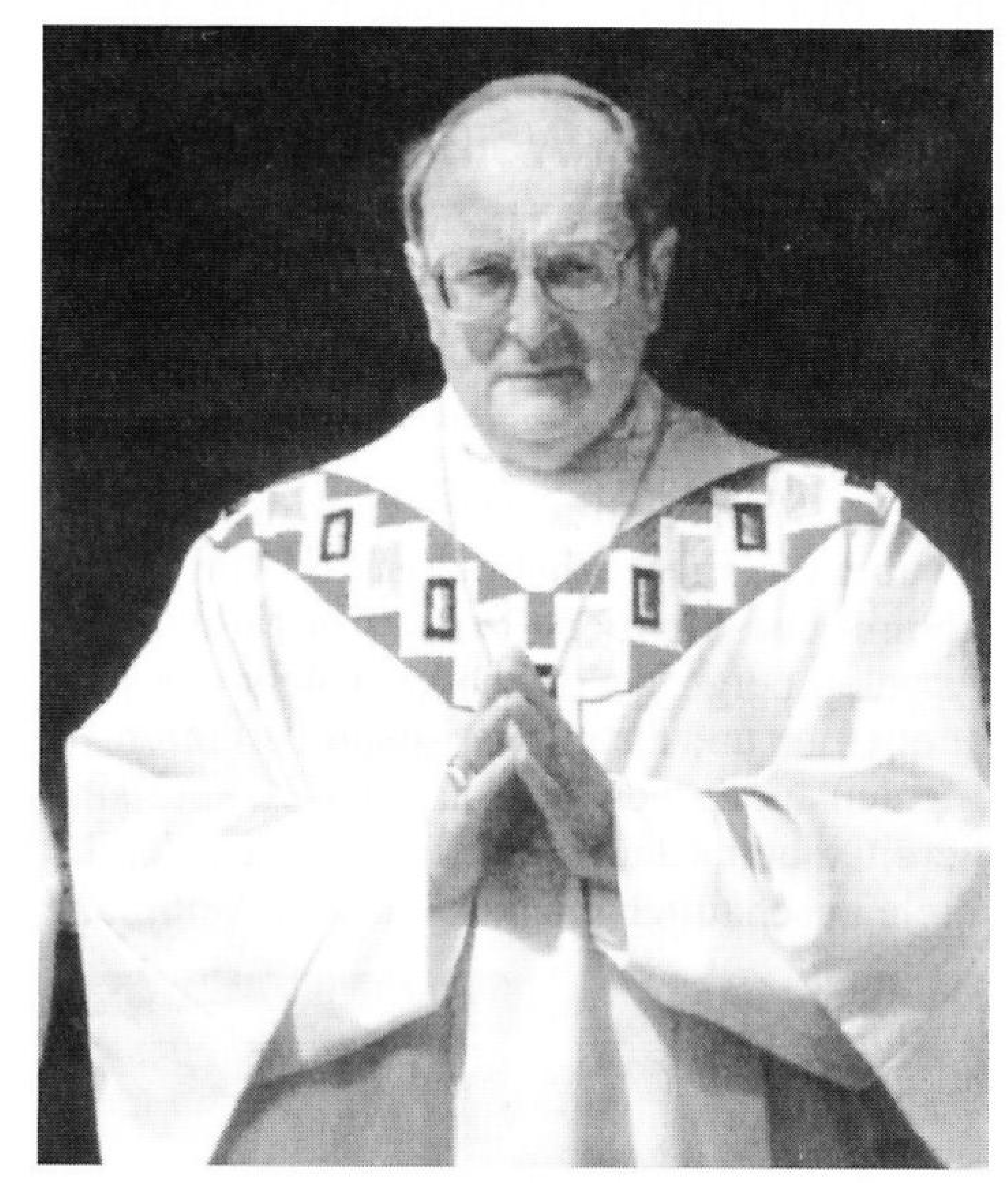
Mit dem Regierungswechsel verband Edouard Sakiz, ehemaliger Hoechst-Manager, dem der Konzern die Vermarktungsrechte für das Medikament RU 486 übertragen hatte finanzielle Hoffnungen. Seine Firma Exelgyn, die aus Angst vor Anschlägen durch Abtreibungsgegner das Medikament nahezu konspirativ herstellt, wandte sich an die Bundesregierung mit der Bitte, sich für eine Genehmigung des

Medikamentes einzusetzen. Die grüne Gesundheitsministerin Fischer widersprach diesem Ansinnen - als Privatperson würde sie eine Genehmigung begrüßen, als Vertreterin der Regierung sehe sie die Gefahr, daß auch zukünftig Pharmakonzerne moralische Unterstützung für Medikamente einfordern würden. Der Vorstoß des Managers scheint auf den ersten Blick dubios, zeigt aber zugleich die Macht der Abtreibungsgegner. Selbst der Weltkonzern Hoechst hat es nicht gewagt, in seinem Stammland das Medikament, das weltweit vertrieben wird, auf den Markt zu bringen. Zu groß war die Angst vor Boykottaufrufen, zu groß war wohl auch die Angst der deutschen Manager von Konservativen persönlich angefeindet zu werden. Eine Macht, die nur schwer in Zahlen zu fassen ist, glaubt man aber der Lebensschützergruppe „Christdemokraten für das Leben", ist nach wie vor jeder zehnte Bundestagsabgeordnete in einer der Lebensschützergruppen aktiv. Da begrub selbst Hoechst lieber finanzielle Hoffnungen. Schnell gerieten die Gesundheitsministerin Fischer und Bundeskanzler Schröder, der in einem Leserbrief versucht hatte, dieser zur Seite zu springen, in die Kritik. Der Vorsitzende der katholischen deutschen Bischofskonferenz Lehmann verglich die sogenannte Abtreibungspille RU 486 mit dem Einsatz von Zyklon B in Auschwitz. Er griff indirekt einen alten Kampfbegriff der Abtreibungsgegner auf, in ihren Broschüren liest man immer wieder den Begriff „Babycaust", mit dem Lebensschützer Abtreibung mit dem vermeintlichen Holocaust auf eine Stufe setzen. Obwohl die grüne Gesundheitsministerin Fischer jegliche Vorstöße für eine Zulassung des Medikamentes abgelehnt hatte, paßten die Angriffe ins konservative Weltbild. Eine Frau, eine Grüne, für die Konservativen eine Linke, sollte die Zukunft von Millionen Spermien und Eizellen vermeintlich in der Hand haben. Hier schien schnelles Handeln gefragt, vor allem, da einzelne Abweichler in den eigenen Reihen die Positionen der Gegenseite bestärkten.

Initialschuß für eine neue Wertedebatte

Es war der Initialschuß für eine neue Wertedebatte. Meißner sagte, daß es an der Zeit sei, daß "sich die Kirche wieder verstärkt und eindeutig an der Wertedebatte der Gesellschaft" beteilige. Die "gottlosen Umtriebe" der neuen Regierung stellen "den gesellschaftlichen Konsens über die Grundwerte unserer Verfassung aufs Spiel" kritisiert die Kirchenführung die vermeintliche Fehlentwicklung. Interessant an dieser Aussage ist, daß die katholische Kirche nach wie vor die Definitionsmacht über die Grundwerte der Gesellschaft für sich in Anspruch nimmt. Zum einen, weil sie hiermit einen Machtanspruch formuliert, der im Gegensatz zur Größe ihrer Herde steht und zum anderen, weil sie eine alte konservative Argumentation aufgreifen, die eigentlich nicht mehr in die Gegenwart paßt. Der Mensch eingebunden in Kultur und Volk wurde von Konservativen immer als Garant eines stabilen Staates gefeiert, die Erziehung sollte diese Grundwerte vermitteln und Menschen so in einen vorbestimmten Lebenskreislauf führen. Dieser Ansatz verkannte schon immer die Existenz verschiedener Kulturen, er definierte die Aufgabe für das eigenen Leben als die Bewältigung einer von Gott vorgegebenen Rolle innerhalb der Gesellschaft und wirkte auf diese Weise als Unterdrückungsmechanismus. Heute ist dieser Ansatz absurder denn je, die Kirchen bleiben leer und die Mahnungen hören überwiegend Menschen, denen aufgrund ihres Alters kaum noch ein Gebärzwang auferlegbar ist.

Die markigen Worte der katholischen Führung um Meißner dienen zwei Zielen. Sie sollen die Kirche nach innen stabilisieren und nach außen Macht ausüben. Das starre Weltbild der katholischen Kirche kommt wider Erwarten besser an, als das modernere, liberalere der evangelischen Kirche. Die Kirchenaustritte gehen weit stärker zu Lasten der evangelischen Kirche, die versucht, Teil einer modernen Gesellschaft zu sein, während die katholische Kirche, geistig fest im Mittelalter verwurzelt, deutlich weniger Austritte verzeichnen muß. Mittels Emotionen soll die neue Regierung gezwungen werden, Kompromisse mit dem Katholizismus einzugehen und politische Positionen auf die Kompatibilität mit den Kirchenforderungen abzustimmen. Doch bei RU 486 geht es um mehr. Machtvollstes Instrument der Abtreibungsgegner war bisher, die von ihnen gezeichneten Horrorbilder der Folgen eines chirurgischen Eingriff bei einer Abtreibung. Die Abtreibungsgegner wollen das Medikament verhindern, um weiterhin moralischen Druck mittels angeblicher Bilder von abgetriebenen Föten ausüben zu können. Neben dem Aufrichten derlei Hürden geht es auch um die Angst, das Beratungssystem könnte in Frage gestellt und Frauen sich mit der Forderung nach Selbstbestimmung durchsetzen. Um derlei Forderungen bereits frühzeitig entgegenzutreten verglich Meißner RU 486 mit Zyklon B.



Kardinal Meißner

Der Ansatz der katholischen Kirche mit deftigen Worten Entwicklungen anzugreifen, die nicht in das eigenen Denken passen, zeigt sich auch an vielen anderen Entwicklungen der letzten Monate. Auch hier wird vor allem mit Ängsten versucht, Politik zu machen. An verschiedenen Orten wurde die Forderung islamischer Verbände nach eigenen Gebetsräumen und Moscheen mit Kampagnen gegen den Muezzin-Ruf (dem islamischen Gebetsruf vom Minarett herab) begleitet. Dies sei der Anfang einer Entwicklung, an deren Ende die Bundesrepublik bald ein islamisches Land sein könne, orakelten Konservative, bewußt, daß sie so ausländerfeindliche Ressentiments schüren. Auch in der Debatte um die PDS wird mit Ängsten gespielt. Der starke Einfluß dieser Partei im Osten hat wenig mit kommunistischen Sehnsüchten in diesem Teil der Republik zu tun. Da es aber der PDS glänzend gelang, aus der von der CDU/CSU verursachten katastrophalen Lage im Osten Profit bei Wahlen zu schlagen, nutzten Konservative die antikommunistische Stimmung im Westen. Ihnen bliebe hier sonst auch nicht viel übrig, sonst wären sie gezwungen, die eigenen Fehler einzugestehen.

Vor allem die Unterschriftenkampagne der Union gegen die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft hat ein weiteres Mal gezeigt, daß mit Ängsten und rassistischen Ressentiments Politik gemacht werden kann und Wahlen gewonnen werden können. An all diesen Punkten zeigt sich, daß die konservative Wertedebatte derzeit vor allem in der Öffentlichkeit geführt wird und über Ängste transportiert wird. Hier kann sie besser wirken als über die leeren Kirchenbänke. Auch die diversen konservativen Diskussionszirkel erreichen nur das eigene Klientel. Deswegen haben sich Konservative seit dem Regierungswechsel den Medien als Sprachrohr ihrer Wertekampagne zugewandt. Mit markigen Worten bringen sie ihre Positionen in die Schlagzeilen und initiieren so Wertedebatten. Die Rechtsausleger des jeweiligen Verbandes oder der Partei übernehmen hierbei die Rolle eines Marktschreiers und bringen so die Themen in die Öffentlichkeit.

Der Autor Matthias Rauch hat im Alibri Verlag das Buch "Erziehung für Gott und Vaterland – Konservative Pädagogik und ihre Funktion in der aktuellen Wertedebatte" herausgebracht. In diesem Buch analysiert er die Versuche der unterschiedlichen konservativen Spektren, ihre gesellschaftlichen Vorstellungen zur allgemein anerkannten Norm zu machen.

„Republikaner" im Garbáty-Haus

Der Einzug der Bundes- sowie Berliner Landeszentrale der neofaschistischen „Republikaner" in das ehemalige Gartenhaus der jüdischen Familie Garbáty ist erfolgt. Das zuständige Bezirksamt in Pankow genehmigte jüngst den Mietvertrag der „Republikaner" mit dem Eigentümer Wolfgang Seifert. „Wir haben unsere Arbeit hier am 1. Februar aufgenommen", zitiert die Berliner Zeitung in ihrer Ausgabe vom 9. März den REP-Bundesgeschäftsführer Gerhard Tempel, der auch als Beisitzer dem Bundesvorstand der Partei angehört. Die Ehefrau des Eigentümers, Ingeborg Seifert, ist langjähriges Mitglied des Bundesvorstand der „Republikaner". Zeitweilig fungierte sie gar als stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei unter Dr. Rolf Schlierer. Beim letzten Bundesparteitag im November 1998 wurde die „einstige Berliner Stadträtin" Seifert mit dem zweitbesten Stimmenergebnis zur Beisitzerin im REP-Bundesvorstand gewählt.

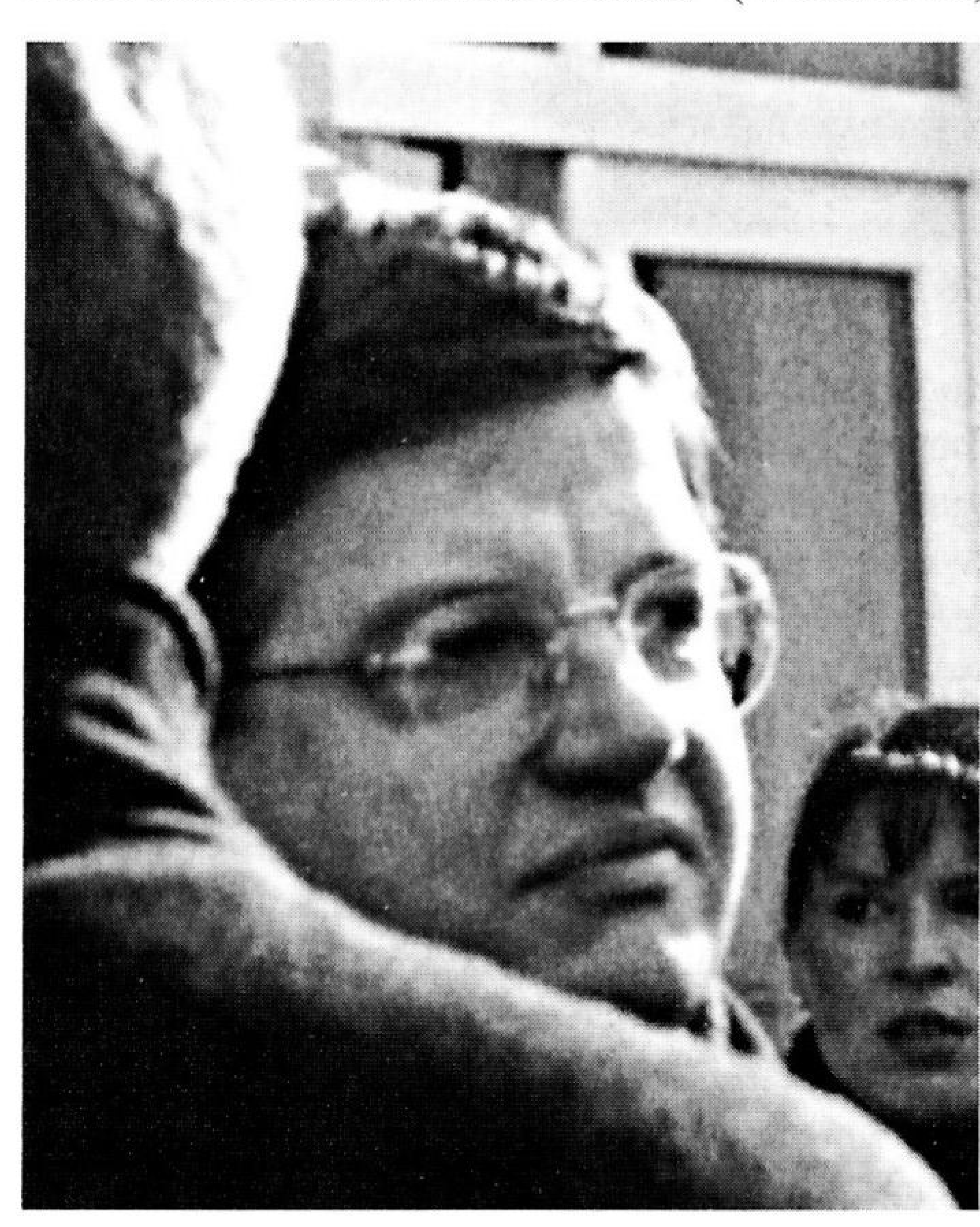
Raimund Hethey

Ein waschechter nationaler Sozialist: der Staatsdiener Karlheinz Weißmann

Der Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann aus Göttingen hat sich in verschiedenen Büchern seit 1989 öffentlich über den deutschen Faschismus ausgelassen. Sein Lebenswerk begann er mit Untersuchungen über völkisch-heidnische Quellen des Faschismus. Das vorläufig letzte Werk ist weit über die Hälfte eine Apotheose Adolf Hitlers, den Weißmann als großen Sieger aus seinem Werk „Der Nationale Sozialismus" (Herbig 1998) entläßt. Sinnigerweise gibt Weißmann ab Mussolini bei allen Faschisten Geburtsjahr und -ort an, über ihren Tod erfährt die Leserschaft nichts.

Dafür wird das „Horst-Wessel-Lied" abgedruckt, in dem es ja bekanntermaßen heißt: „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschier`n im Geist in unseren Reihen mit". Von solchem Geist besessen erklärt Weißmann die Hymne der deutschen Faschisten zum Revolutionslied, ohne zu referieren, dass die Nazis ein Arbeiterlied frech umgedichtet hatten. Mit dem Jahr 1933 und der Drohung, der Nationalsozialismus könne revitalisiert werden, endet das geschichtsrevisionistische Werk, das sich nicht durch intellektuelle Analyse, sondern durch oberflächliche Beschreibungen, Geschichtslügen und Verherrlichung des „Führers" auszeichnet. Damit hat Weißmann endlich das Erbe seines politischen Mentors Armin Mohler angetreten und auf seinen faschistischen Ursprung getrieben. Das niedersächsische Gymnasium Corvianum in Northeim nährt den faschistoiden Schreibtischtäter Weißmann, im dortigen Industriegebiet kann sich der Nazi von der Sturmabteilung, Torsten Heise, austoben: sturmfest und erdverwachsen im sozialdemokratisch regierten Niedersachsen.

„Als Paradestück der Konstruktionen des Geschichtsrevisionismus", schreibt Karl Heinz Roth in seiner jüngsten Publikation im „konkret"-Verlag „Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie" (1999), „steht dann die Nazidiktatur vor uns, eine Art sozialer Revolution, die die deutsche Gesellschaft endlich modernisierte, ihr eine ordentliche Aufstiegsmobilität verpaßte und sie an den Segnungen des technischen Fortschritts teilhaben ließ." Doch Oberlehrer Weißmann leistet noch mehr: die Generalabrechnung mit der Linken und zwischen den Zeilen, praktische Hinweise an die heutigen, jungen Hitler-Fans für das richtige politische Handeln. In seiner Pervertierung geht er so weit, dass er den Linken suggeriert, dass sie ja selber nationalsozialistisch seien. Bei neofaschistischen Parteien wie dem französischen Front National (FN) und der deutschen DVU macht er linke Elemente aus: „Unter der Voraussetzung einer umfassenden Krise sind heute in den Industrieländern „bonapartistische" oder „national-sozialistische" Bewegungen denkbar, die sich wie der Front National gegen die „Plutokratie", die europäische Integration, die Zuwanderung und die Folgen der Globalisierung wenden könnten. Bewegungen, die in ihrer Zielsetzung nationalistisch und insofern „rechts" sind, deren Klientel aber zu einem erheblichen Teil von „links" kommt und traditionell zu den sozialistischen Parteien neigt, geeint in der Ablehnung jener anonymen und technokratischen Verfahren, die für den modernen Staat kennzeichnend sind, bereit, einem Charismatiker zu folgen, der ihre Ziele anschaulich machen kann." (Weißmann,



Karlheinz Weißmann

1998, S. 11) In der Phantom-Partei des Dr. Gerhard Frey sieht er das zukünftige Zentrum einer links-rechten Strömung: „ Auch die unlängst mit einem aufsehenerregenden Wahlergebnis hervorgetretene „Deutsche Volksunion" könnte unter Umständen zum Focus einer „national-sozialen" Strömung werden. Aufmerksame Beobachter haben rasch festgestellt, wie groß die Übereinstimmung ihrer Anhänger mit den Forderungen der äußersten Linken ist, wie gering die Bindung an rechte Positionen, soweit diese als bürgerlich im weitesten Sinne verstanden werden können und traditionell konservative oder traditionell liberale Vorstellungen umfassen." [Weißmann, S. 11/12]

Mit diesem billigen Taschenspielertrick möchte Weißmann sich selbst von dem Vorwurf frei machen, ein Faschist zu sein. In Zukunft könnte kein Linker, kein Antifaschist den Vorwurf „Faschist" oder „Nazi" mehr erheben, ohne seine GenossInnen und sich selbst zu belasten. Mit solchen unverschämten Entstellungen will Weißmann der Linken „die Interpretationsmacht über ihre eigene Geschichte" streitig machen, wie er in einem Interview mit Dieter Stein und Peter Krause von der „Jungen Freiheit" sagt. Im bürgerlichen Medium FAZ trifft solch ein Ansinnen ebenfalls auf Wohlwollen und wird als Sehnsucht nach dem Dritten Weg verkauft. Die Rezeptionsgeschichte der Weißmann-Werke öffnet Augen. Da gibt es viel Lob von der ZEIT, der WELT am Sonntag und der TAZ. Es gefällt wie Weißmann mit wichtigen Positionen linker Faschismustheorien aufräumt. So, als ob es nie die Ermittlungen der Alliierten gegen die Deutsche Bank, die I.G. Farben und die Dresdner Bank gegeben hätte, in denen auch bürgerliche Ermittler die Verbindungen zwischen Kapital und Faschismus festgestellt haben, propagiert er jetzt, dass das Kapital Hitler nicht gefördert habe. Hier ist das Feld auch von einigen „Linken" bereitet. Ein Positionspapier von Leipziger AntifaschistInnen (Februar 1999) bestreitet ebenfalls den Zusammenhang zwischen Kapital und Faschismus. Niemals haben linke Faschismustheoritiker diesen Zusammenhang auf eine direkte Parteienfinanzierung verkürzt. Daß die finanzielle Unterstützung der Parteiarbeit und der Propagandafeldzüge der NSDAP von seiten der Wirtschaftsverbände eine wichtige Rolle spielte, muß Erwähnung finden. Nirgendwo aber darf man dem populären Denkmuster folgen, das Zusammenspiel hierauf zu reduzieren. Wichtiger ist immer die Struktur der Gesellschaft, ihr Herrschaftsgefüge, ihr Produktionsstatus, ihre Staatsverfassung. Die Eigentumsverhältnisse formulieren die historische Bestimmtheit einer Gesellschaft, nicht aber den flüchtigen Komplex einer interessengeleiteten Parteienfinanzierung. Erkenntnisse, die man bei Altmeister Brecht auffrischen darf. Ähnlich verhält es sich mit dem Antisemitismus. Obwohl Hitler in kaum einer Rede auf Invektiven gegen „die Juden" verzichtet hat, lügt Weißmann uns vor, dass Hitler bis 1933 kein richtiger Antisemit gewesen sei. Vom Hausarzt seiner Mutter, über die Händler die seine Postkarten vertrieben bis zum Offizier, der ihm das eiserne Kreuz verlieh, war Hitler ständig von Juden umgeben, die er nicht gleich umbrachte. Dererlei Geschichtsstoff hat Weißmann seitenweise parat. Außerdem sind die „Linken" für ihn die Erfinder des Antisemitismus. Weißmann hat die Klassiker wie Marx, Engels, Luxemburg, Lenin usw. nicht rezepiert und wenn, dann hat er sie wohl kaum verstanden. Das Kernstück seines neuen Buchbandes bildet die Definition von „National-Sozialismus". Weißmann grenzt ihn bewußt vom Begriff Faschismus ab. Ihm geht es darum, eine „Bewegung als ideologische Bewegung ernst zu nehmen, weil eben in diesem ideologischen Charakter die entscheidenden Antriebe für ihr Sendungsbewußtsein und ihre Konfliktbereitschaft mit den alten und neuen Mächten der Zeit lagen. Ihre Anhänger haben sie durchaus als eine universale, in jedem Fall aber epochale Erscheinung begriffen." [Weißmann, S. 18] Er möchte den Nationalsozialismus darüberhinaus als eine „Häresie des Sozialismus" verstanden wissen. Zur Zeit als er für Armin Mohlers „Konservative Revolution" noch Fußnoten sortierte, war Weißmann darauf ausgerichtet, möglichst viele Intellektuelle zu präfa-

schistischen Vordenkern abzustempeln. Heute sieht er vor lauter Nationalsozialisten die Sozialisten nicht mehr.

Die geistigen Fundamente seines Propagandabandes holt er sich immer noch bei einschlägigen Vertretern wie dem Schöpfer des ersten „imperial-expansionistischen Mitteleuropa-Programms Friedrich List, dem Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte, dem bekennenden Faschisten Armin Mohler und seinen Parteigängern Rainer Zitelmann, ehemaliger Cheflektor beim Fleissner-Konzern Ullstein-Propyläen-Herbig, Klaus Rainer Röhl, Nolte-Schüler und früher einmal Herausgeber von „Konkret" und bei Christian Striefel, dem Berater des früheren sächsischen Innenministers Eggert (CDU) und heutigem Ressortleiter Geschichte bei der Sächsischen Zeitung in Dresden.

Der in der Geschichte der Arbeiterbewegung wenig bewanderte Weißmann differenziert die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der „Linken" nicht aus. So kommt er leichter zu seinem Ergebnis: d i e Linken haben sich mit Rechten gemein getan. Die Tatsache, dass etliche Menschen von links nach rechts, ihr richtiges Bewußtsein mit dem falschen tauschten, kommt ihm entgegen. In der Mehrheit instrumentalisiert Weißmann die „Linken" für seine Zwecke, die den Klassenkampfgedanken aufgegeben haben. So führt er beispielsweise die „Gesellschaft der Fabier" als linke Sozialisten an, obwohl diese Gruppe britischer Intellektueller (Bernard Shaw, die Geschwister Webb), die zur Gründung der Labour Party beitrugen, innerhalb der Linken als „Repräsentanten des bürgerlichen Liberalismus im Herzen der Arbeiterbewegung" [F. Engels, Briefe an Sorge], und als der „vollendete Ausdruck des Opportunismus" und Vertreter „einer liberalen Arbeiterpolitik" [W.I. Lenin, Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie, LW 21, S. 258] angesehen wurden.

Ein französischer Putschist als Leitbild

Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts versuchte der französische General Georges-Ernest-Jean Marie Boulanger (1837-1891), von 1886 bis 1887 Kriegsminister, die Dritte Republik mit Hilfe revanchistischer, antideutscher Propaganda und sozialer Demagogie und Waffen weg zu putschen. „In diesen Stunden wurde in Frankreich die politische Bewegung geboren, die man als 'Boulangismus' bezeichnet hat und die für die Herausbildung des National-Sozialismus eine außerordentlich wichtige Rolle spielen sollte", fabuliert Weißmann, „weil hier zum ersten Mal Kräfte der radikalen Linken und der radikalen Rechten durch einen charismatischen Führer gesammelt und mit Aussicht auf Erfolg gegen das liberale System in Stellung gebracht wurden." [Weißmann, S. 114]

Bei den Klassikern wird Boulanger als politischer Abenteurer dargestellt, vor dem ausdrücklich als Republikfeind gewarnt wird. Für Rosa Luxemburg hat die Boulanger-Krise den „französischen Sozialismus vor eine neue wichtige Aufgabe gestellt: den Gegenwartsstaat vor einer verfrühten Zersetzung zu bewahren, ihn lebensfähig und entwicklungsfähig zu erhalten." Nach ihrer Meinung war es den Sozialisten nicht gelungen, dass sozialistische Endziel mit der praktischen Tagespolitik organisch zu verbinden."[R. Luxemburg, GW, S. 654] Stattdessen zersplitterte das „sozialistische Lager in der Boulanger-Affäre. Die einen opferten das Endziel der Tagespolitik und folgten, wie Ernest Roche, Granger, Breuille, dem 'revisionistischen' General in sein aus Klerikalen, Bonapartisten, Radikalen gemischtes Lager oder unterstützten wie Brousse, Allemane, Joffrin, das gegenerische Lager der Ferry, Constans und der opportunistischen Bourgeoisie. Die anderen, Guedisten und Blanquisten, opferten, um den Klassenstandpunkt zu wahren, umgekehrt die Tagespolitik dem sozialistischen Endziel und gaben die Losung: weder Boulanger noch Constans, sondern soziale Republik! aus, d.h., sie stellten dem politischen Zwist innerhalb der Bourgeoisie die politische Enthaltung der Arbeiterklasse entgegen.So hatte die erste große Krise der Republik noch nicht zur Zusammenfassung der sozialistischen Kräfte, sondern im Gegenteil zu noch größerer Zersplitterung, nicht zur selbständigen Politik des Proletariats, sondern zu seiner Unterordnung unter die bürgerlichen Parteien oder zur politischen Abstinenz geführt."[R. Luxemburg, GW, S. 654f.]

> ***„Hitler und der NS-Faschismus verlieren in dieser Darstellung viel von ihrer deutschen 'Singularität'."***
>
> (Herbert Ammon in der FAZ vom 17.3.1999)

Die Tatsache, dass sich ein paar vermeintliche Linksradikale Boulanger anschlossen, nutzt Weißmann, um dem Nationalsozialismus einen französischen Ursprung anzudichten. Schließlich wird Hitler als erfolgreicherer Boulangist aufgebaut. Getreu dem Motto: überall in Europa - Europa ist heute als Thema angesagt - gab es die „Hitlers", das deutsche Modell war eben das gelungenste.

Ganz verrückt nach Adolf Hitler

Den weitaus größten Teil seines Buchbandes widmet sich Weißmann mit einer bis ins kleinste Detail verliebten Darstellung des politischen Werdegangs von Adolf Hitler, wobei er mehrfach die von einem Wissenschaftler geforderte Distanz zum Untersuchungsobjekt aufgibt. Nach dem großen ideengeschichtlichen Rundumschlag mit groben Lücken sollen die Leser/innen nun alles über Adolf, sein Leben und seinen Erfolg als Europas größtem Nationalsozialisten erfahren. Weißmann beginnt wie alle völkisch-rassistischen Schriftsteller mit Ahnenforschung: „Fest steht, daß Hitlers Vorfahren aus dem niederösterreichischen Waldviertel stammten, damals einer ärmlichen Gegend der Donaumonarchie, eine hügelige Hochebene nördlich der Wachau, an der Grenze zu Böhmen; der Name Hitler ist seinem Ursprung nach vielleicht eine Variante des tschechischen 'Hidlar' oder 'Hidlarcek'. Die Vorfahren Hitlers waren Kleinbauern und Handwerker." [Weißmann, S. 172] In einer Art Kaffeesatz-Geschichtsschreibung präsentiert er das Ergebnis seiner Forschungen: „Es ist im einzelnen nicht mehr feststellbar, wie sich die frühe Kindheit Hitlers abgespielt hat, aber es spricht alles dafür, daß sie behütet verlief." [Weißmann, S. 173] Mit einer teilweise heftigen Identifikation mit dem „Führer" geht auch die (Sach-) Analyse über den historischen Hintergrund in nationalsozialistischer Propganda auf. Die Situation der Bevölkerung schildert Weißmann nicht viel anders als der V-Mann der Reichswehr Adolf Hitler in seinen frühen Propagandareden: „Ein Volk, das in der Erwartung gelebt hatte, daß das neue Jahrhundert 'sein' Jahrhundert sein würde, sah sich in allen Hoffnungen - berechtigten wie unberechtigten-enttäuscht. Es hatte vier Jahre lang gegen übermächtige Gegner gekämpft, und seine Truppen standen im Sommer 1918 nicht nur in Belgien und Frankreich, sondern auch im Baltikum, der Ukraine, Rumänien und auf dem Balkan. (...) Die Revolution war eher das Ergebnis eines Zusammenbruchs der alten Ordnung als des entschlossenen Willens, eine neue zu schaffen." [Weißmann, S. 196] Seitenweise führt Weißmann den Kampf gegen den Versailler Vertrag, fantasiert den Einbruch der NSDAP in d i e Arbeiterschaft (S. 224), um die NSDAP als die „eigentliche radikale Arbeiterpartei" und „Jugendbewegung" (S. 275) darzustellen.

Die „Stimme der Mehrheit" mit dem gespaltenen Bewußtsein

Seit 1997 hat sich Weißmann mit seinem Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit" beim „Bund der Selbständigen" eine neue Leserschar geschaffen. Der BDS zählt im neuen Bundestag 25 Abgeordnete von DCU/ CSU, FDP und SPD zu seinen Mitgliedern. Seit ihrer Gründung am 8. Mai 1997 mobilisiert die „Stimme der Mehrheit" vornehmlich mittelständische Intellektuelle und Kaufleute für den rechten Rand der Gesellschaft. Den ersten Themenschwerpunkt, mit dem die honorigen Herren in die Öffentlichkeit gingen, bildeten die „Antifa-Diffamierungsstrategien" gegenüber „konservativen Persönlichkeiten". Besonders am Herzen lag ihnen die „Stigmatisierungskampagne" wie sie es nannten - gegen Ernst Nolte und die „Ausgrenzungsaktionen" gegen Karlheinz Weißmann und den „Linksextremismus-Experten" Hans-Helmuth Knütter.

Damit bleibt Weißmanns Wirkungsbereich nicht mehr auf kleine Nazi-Zirkel wie den JF- oder Criticon-Leserkreisen beschränkt. Er ist mehr als ein „Jungkonservativer" (Andreas Speit), der am Muff der 20er Jahre hängt. Seine Aufgabe läßt sich nicht auf eine „Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Faschismus" (Gessenharter) eingrenzen. Weißmann ist Propagandist (Trommler) für einen neuen Nationalsozialismus, den Herbert Ammon in der FAZ als „ersehnten dritten Weg" anbietet. In einem Interview mit der JF betont Weißmann, dass zwischen der Person und dem Pädagogen getrennt werden müsse. Wie lange kann ein vom National-Sozialismus derart überzeugter Mensch die Spaltung des Bewußtseins noch durchhalten, ohne als Lehrer in in einer „Nationalpolitischen Erziehungsanstalt" unterrichten zu dürfen ?

Monika Mayer

Vorbild Wehrmacht?

Die Konzeption des Sammelbandes von Johannes Klotz stellt die nicht selten eindeutige Traditionsherleitung aus der nationalsozialistischen Wehrmacht in Beziehung zu der veränderten Militärpolitik der Bundeswehr und Bundesregierung. In diesem Zusammenhang geht der Herausgeber in der Einleitung auf Gerd Schulze-Rohnhof's „Wozu noch tapfer sein" ein. Rohnhofs Thesen sind bei der Wehrmachts- und Kriegsdarstellung mitunter rassistisch, elitär und revisionistisch, betont Klotz und wenn Rohnhof dann auch noch bei dem Überfall auf Polen von einer „gerechtfertigten Korrektur der Ungerechtigkeit, die das Ende des Ersten Weltkrieges dem deutschen Volke hinterlassen hatte", redet, ist die Argumentation nicht mehr von JN-Thesen unterscheidbar.

Der Sammelband ist historisch und thematisch sehr breit angelegt, wobei der Schwerpunkt auf der historischer Beschreibung und Analyse liegt. Erkennbar ist die Bestrebung, die Analysen und Themen der Hamburger Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in der UdSSR und Serbien auszuweiten.

Martin Seckendorf betrachtet deshalb die Kriegsschauplätze Griechenland und Italien und belegt die Verantwortlichkeit Rommels für Kriegsverbrechen während dessen Zeit als Oberbefehlshaber der Wehrmacht in Italien. Als Mangel muß Seckendorf aber angelastet werden, daß er sich scheinbar weigert im Zusammenhang mit Deportation und Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Griechenlands Standartwerke heranzuziehen.

Aus dem Blickwinkel hoher Militärs betrachtet Reinhard Kühnl die Machübergabe an die Nationalsozialisten und die Konsolidierung der NS-Herrschaft. Durch diesen Blick verdeutlicht er Affinitäten und Differenzen von Wehrmachtsführung und Nationalsozialismus. Kühnl ergänzt insofern die Ausstellung Vernichtungskrieg um ein ökonomisches Motiv, das er von der „Reichsgruppe Industrie" vertreten sah. Tatsächlich ein eklatanten Mangel der „Wehrmachtsaustellung". Allerdings muten seine oftmals unpräzisen Zuschreibungen an „das deutsche Kapital" streckenweise unwissenschaftlich an und können auch dazu führen, daß das rassistische Motiv des Vernichtungskrieges in den Hintergrund tritt.

Weitaus differenzierter als Kühnl behandelt Christian Gerlach das Thema Vernichtungskrieg und Wirtschaft. So stellt er z.B. den „Hungerplan" heraus, der schon im Planungsstadium des Krieges gegen die Sowjetunion den Hungertod von ca. 30 Millionen Menschen billigend in Kauf genommen hatte. Gerlachs Betrachtung der Vernichtungspolitik gegenüber jüdischen Menschen und sowjetischen Kriegsgefangenen liefert zusammenfassend aber keine neuen Erkenntnisse. Seine Auffassung zum Thema Partisanenkrieg ist dann explizit gegen die einschlägige Publikation von Hannes Heer gerichtet, der von einem „Partisanenkrieg ohne Partisanen" für das Jahr 1941 spricht. Etwas peinlich ist, daß Gerlach keine Beweisführung unternimmt.

Abgerundet wird der Sammelband von Wolfram Wette und Gerd Wiegel, die das Verhältnis Wehrmacht-Bundeswehr beschreiben. Beide Autoren bringen ihre Besorgnis über das rechtskonservative Milieu der Nachfolgeorganisation der Wehrmacht zum Ausdruck, wo es nach dem Verkünden der „Neuen Normalität" zu einem Verstärkten Rückgriff auf die Traditon der Armee des NS-Staates kommt. Sie verweisen auf zunehmenden Neofaschismus unter Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten und machen den schleichenden Übergang der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer „Interventionsarmee", mit der künftig auch Angriffskriege geführt werden können, sichtbar.



Okkupationsarmee Wehrmacht: Vorbild für die Bundeswehr?

Wette stellt klar, daß dem Aufbau der Bundeswehr im Kontext des „kalten Krieges" mit der kommunistischen Sowjetunion das selbe Feindbild zugrunde lag, wie nur wenigen Jahren zuvor der Wehrmacht und deren Angehörigen. Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß führende Hitleroffiziere dann auch umfangreich und maßgeblich Einfluß nehmen konnten. Unbekannt sind aber beispielsweise die Auseinandersetzungen zwischen „Traditionalisten" und „Reformern". Eine sehr kleine Gruppe Verantwortlicher versuchte mit den Nazi-Traditonen zu brechen.

Abgerundet wird der Band von Wiegel. Er befaßt sich mit der „Rückkehr zur deutschen Machtpolitik" und betont dabei die Verbindung von Geschichtsrevisionismus im Sinne von Verharmlosung der NS-Vergangenheit und dem expansiven Blick nach vorn. Beide Elemente lassen sich in Regierungspolitik und in Bundeswehrkreisen nachweisen. Das Ziel ist eindeutig. Die Bundeswehr wird faktisch zu einer Interverntions- und Angriffsarmee umgestaltet. Während rechte Militärhistoriker wie Franz Seidler oder Joachim Hoffmann ihre Thesen immer weiter radikalisieren können und Berührungsängste zu organisierten Neonazis verlieren, liefern nicht wenige ehemalige Bundeswehroffiziere, wie z.B. Gerd Schultze-Rhonhof oder die Brüder Franz und Reinhard Uhle-Wettler das „geistige Rüstzeug" für die „unverkrampfte Nation" (Roman Herzog).

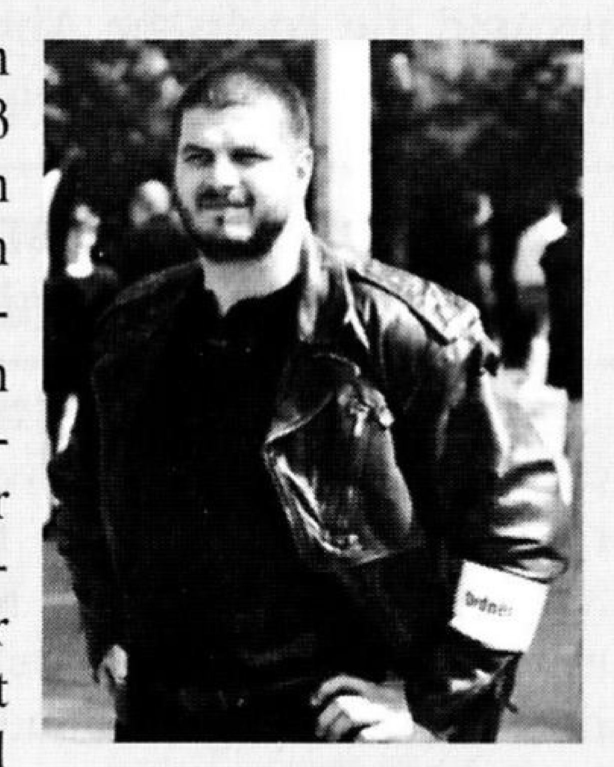
Der Sammelband von Klotz hinterfragt und ergänzt sogleich die Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung. Ergänzt werden die Schauplätze des Vernichtungskrieges in Italien und Griechenland. Hinterfragt die ökonomischen Zielsetzungen im Rahmen eines Ursachengeflechtes für den Überfall auf die Sowjetunion

Diese Zielsetzung ist lobenswert und notwendig, denn es ist nicht nur wichtig, die Hamburger Ausstellung mit all ihren größtenteils erklärbaren Mängeln gegen die einhellige Diskreditierung durch Konservative und Neofaschisten zu verteidigen, sondern auch konstruktive Kritik zu üben. Vortrefflich ist, daß der Sammelband den Kontext historischer Arbeiten verläßt und die derzeitige sozial-ökonomische Situation in der Bundesrepublik als Matrix für Entwicklungen in der Bundeswehr einbezieht. Leider sind einige Thesen von Gerlach und Kühnl, nicht unbedingt haltbar. Das ist sehr schade, soll aber den guten Gesamteindruck nicht schmählern.

Klotz, Johannes (Hg.): Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und BUndeswehr, Köln, 1998; 24,80 DM

Neuer JN-Bundesvorstand

Auf einem Bundeskongreß in Unterfranken haben die Jungen Nationaldemokraten (JN) einen neuen Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende Holger Apfel, trat nicht wieder zur Wahl an. Er wolle verstärkt in der NPD tätig werden, gab er als Begründung an.



Neuer JN-Vorsitzender: Sascha Roßmüller

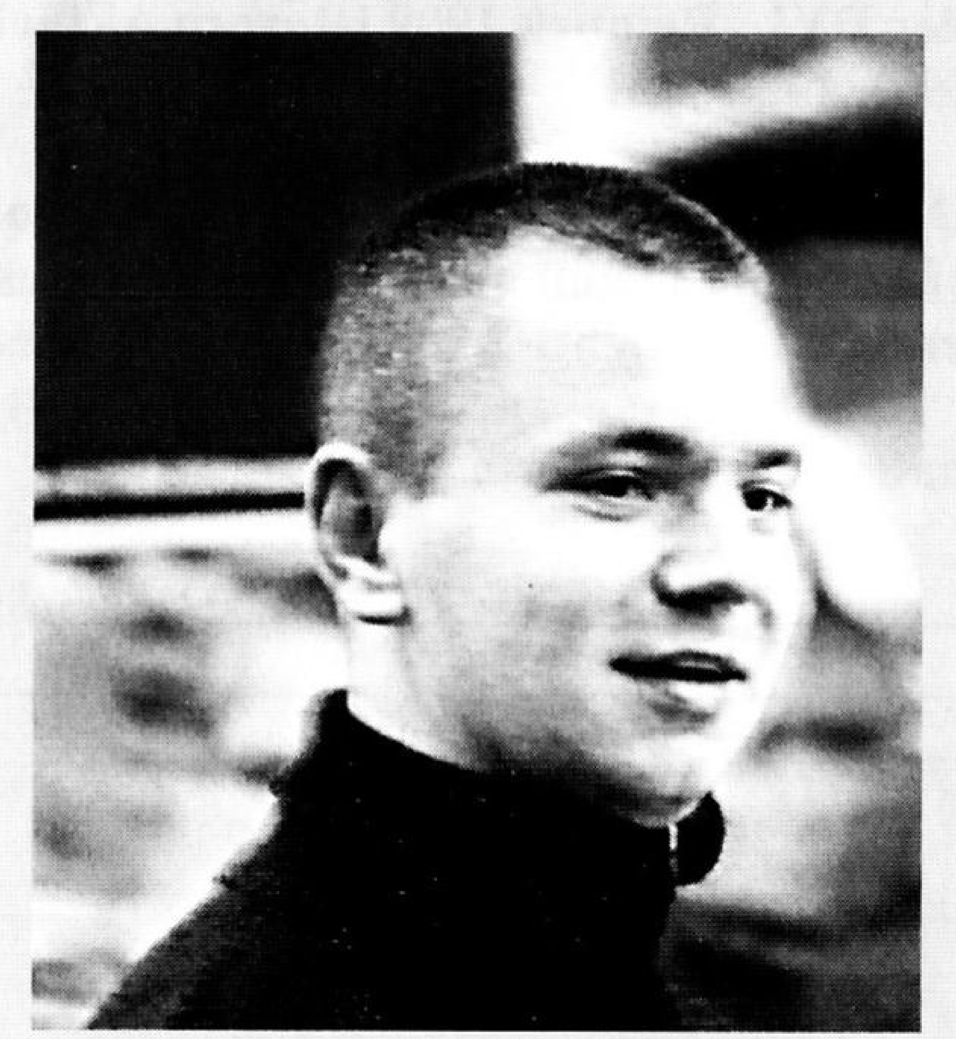
Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Sascha Roßmüller (25) aus Bayern gewählt. Seine Stellvertreter sind Alexander von Webenau (ebenfalls Bayern) und Alexander Delle (Baden-Württemberg). Gastredner waren der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und Peter Naumann.

DVU-Vorstand

Bereits im Januar fand in München der Parteitag der DVU statt. Erwartungsgemäß wurde Gerhard Frey als Vorsitzender bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Heinrich Gerlach, Peter Jürgensen und Bruno Wetzel gewählt.

HNG-Nachrichten

In der Märzausgabe der von neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) herausgegebenen „HNG-Nachrichten“ erscheint erneut die „Schwarze Liste“ der säumigen Beitragszahler. Sie umfaßt dieses Mal exakt 22 Mitglieder, von Günter Altmann bis Ronny Witt. Von Christian Wendt, vorbestrafter Funktionär der aufgelösten Organisation „Die Nationalen e.V., liegt ein Bericht über Franz Fuchs, den inzwischen in Österreich verurteilten Rechtsterroristen, vor. Als Interviewpartner steht Burkhard B. Böhm den „HNG-Nachrichten“ zur Verfügung. Er ist Mitglied der Gesamtinsassenvertretung der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel und klagte vor dem Landgericht wegen der Nichtaushändigung von Post, darunter die „Deutsche Stimme“ (DS) und ein Katalog des DS-Versandes, durch die Anstaltsleitung der JVA Tegel. Absender der Post aus Dresden, die vom LG Berlin inzwischen freigegebenen wurde, war der JN-Funktionär Oliver Händel.



Versandte von Leipzig aus den Katalog des DS-Versandes: Oliver Händel

Rechter Rechtsanwalt verurteilt

Der Mannheimer Rechtsanwalt Ludwig Bock (57) wurde am 25. März von der 6. Strafkammer des Mannheimer Landgerichts wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu 100 Mark verurteilt. Bock habe als Strafverteidiger von Günter Deckert (59) mit einem Beweisantrag im April 1997 den Holocaust verharmlost und damit die Störung des öffentlichen Friedens billigend in Kauf genommen. Die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) wurde u.a. im April 1997 von Bock als Zeugin dafür benannt, daß „massive politische Interessen“ dem „Durchbruch der historischen Wahrheit im Zusammenhang mit dem Holocaust entgegenstehen“. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und eine Geldstrafe in Höhe von 50.000 Mark gefordert. Staatsanwalt Hans-Heiko Klein kündigte nach der Urteilsverkündung an, in Revision gehen zu wollen. Verteidigt wurde Bock von seinem Kollegen Norbert Wingerter, der früher in Heilbronn als Spezialist in Sachen Asylrecht galt. Wingerter hatte in seinem Plädoyer einen Freispruch seines rechten Mandanten gefordert.

„Im Namen des Volkes“

Das Amtsgericht Reutlingen verurteilte am 10. Februar den vorbestraften Rechtsextremisten Axel Heinzmann (52) wegen Mißachtung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Organe nach vier Verhandlungstagen binnen eines Monats zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.500 Mark. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer eine Strafe von 3.600 Mark gefordert. Heinzmann hatte 1997 und 1998 von im verfaßte Flugblätter verteilt, in denen der Staat verunglimpft wurde. In dem im Dezember 1997 anläßlich eines Besuches der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Jutta Limbach, in Reutlingen verteilten Pamphlet heißt es beispielsweise: „In der BR'D' werden deutsche Patrioten von einer unmenschlichen Gesinnungs- und Lynchjustiz drakonischer denn je wegen Gedankenverbrechen der 'Volksverhetzung' abgeurteilt.“ Weiter polemisiert Heinzmann unter der Überschrift „Im Namen des Volkes“: „Dieser Staat soll endlich die Grund- und Menschenrechte seiner Bürger gegen den linken Terror der „Antifa“, „Autonomen“, Punker und Ausländerbanden schützen, die Unterstützung dieser seiner Todesschwadronen einstellen!“ Unter den nach Reutlingen angereisten Prozeßbesuchern befanden sich auch der Gründer der 1995 verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“, Martin Pape (71), und Mario Meurer (35) von der „Vereinigten Rechten“ aus Stuttgart.

„Sachsen-Anhalt-Front“ und „Franken's Widerstand“

In der aktuellen Ausgabe des in Iphofen (Kreis Kitzingen) erscheinenden Skinzines „Franken's Widerstand“ (Fehler im Original) findet sich auch ein Interview mit der „Sachsen-Anhalt-Front“ (S.A.F.). Die neonazistische Kleinstorganisation wurde im Juni 1998 von „8 Nationalisten, unweit von Magdeburg, gegründet“. Nach Eigenangabe gehören der S.A.F. derzeit rund 30 Personen an, die sich auf mehrere Ortsgruppen verteilen. Ihrem Selbstverständnis nach ist die S.A.F. eine „Gruppierung freier Nationalisten“, die sich um inhaftierte Rechtsextremisten in Sachsen-Anhalt kümmert. Zur neonazistischen Gefangenen- „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) bestünden Kontakte. Weiterhin steht die S.A.F. „in engem Kontakt mit „Blood & Honour“, speziell B&H Magdeburg“. Sogenannten „Verräterschweinen“ wird in dem Interview in der dritten Ausgabe von „Franken's Widerstand“ unverhohlen mit Gewalt gedroht: „Kopfschuß!!!“. Verantwortlich für das Skinzine ist der NPD-Landtagswahlkandidat und Skinhead Nicola Mathes, der zusammen mit seinem Bruder Klaus Mathes die 15 Mitglieder der gleichnamigen Organisation „Franken's Widerstand“ anführt.



Blood & Honour-Gruppe beim NPD-Aufmarsch in Magedeburg

Schuldspruch

Im Dezember 1998 fielen drei Skinheads in Hamburg-Bergedorf über den Obdachlosen Manfred Klein her. Sie durchsuchten seine Sachen und traten zu. Mit einem Schädelbruch lebensgefährlich verletzt ließen sie ihn liegen.

Am 14. April verurteilte das Hamburger Landgericht die drei wegen gefährlicher Körperverletzung und schweren Raubes. Einer der beiden 17jährigen muß für zwei Jahre und neun Monat ins Gefängnis, die zweijährige Freiheitsstrafe des anderen setzte das Gericht zur Bewährung aus, ebenso die des 26jährigen Täters.

Außer einer „Neigung“ zum Alkohol hätten die Angeklagten nach dem Gericht einen Hang zu „rechtsradikalen Themen und Musik“. In jener Nacht störten sich die Nachbarn an der lauten Musik von „Störkraft“ und „Weißer arischer Widerstand“. Nachdem diese die Polizei riefen, welche den Kassettenrecorder mitnahmen, versuchten die drei vergeblich ihren Recorder auf dem Revier zurückzubekommen. Auf dem Rückweg gingen sie über den Spielplatz, wo Klein damals wohnte und griffen ihn an.

Die Angeklagten hätten im Prozeß eine „gewisse Reue“ als auch „Selbstmitleid“ gezeigt, betonte das Gericht und bei der Bestrafung Jugendlicher muß der „Erziehungsgedanke“ das Urteilsmaß bestimmen. Obwohl die Skinheads bekennende „Rechtsextremisten“ sind, befand das Gericht: „Ein politischer Hintergrund besteht nicht“.

Zwei Wochen vor dem Gerichtstermin hat sich Manfred Klein das Leben genommen.

Janine Clausen

Neun Jahre bei der extremen Rechten

In dieser Autobiographie schildert Jörg Fischer seinen Auf- und Ausstieg bei der extremen Rechten in den 80er Jahren. Als 13jähriger wird Fischer 1982 beim Nürnberger Versorgungsamt vom NPD Funktionär Günther Rust für die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) angeworben. Zunächst mehr angezogen vom Gruppengefühl auf den JN-Stammtischabenden als denn von der politischen Gesinnung der JN, engagiert er sich zunehmend in der Parteiorganisation. Sein Ruf als Aktivist festigt sich - praktisch wie ideologisch. Kaum volljährig tritt er der NPD bei und wird zum Verantwortlichen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Herzogenaurach gewählt, wo die NPD eine Hochburg zu etablieren plant. Angelehnt an den Überlegungen unter dem Schlagwort „befreite Zonen“ ging es der JN/NPD darum Rückzugsgebiete zu schaffen. Unter der Aufsicht seines „politischen Ziehvaters“ Günter Rust lernt Fischer die Größen der Szene kennen und durchläuft die Kaderschulungen der Partei und der Jugendorganisation. Zunehmend entwickelt er sich zum Organisator und Autor diverser extrem rechter Veröffentlichungen.

1987 wird Gerhard Frey auf den „Nachwuchsstar“ aufmerksam und lädt Fischer als einen von 20 auserwählten Funktionären zu der Gründung der DVU als Partei ein. Im gleichen Jahr noch holt ihn Frey als hauptamtlichen Schreiber nach München, wo er den Frey-Betrieb von innen kennenlernt. Da er mit seiner Arbeit etwas „unglücklich“ ist - Anweisungen von oben und ansonsten nur „abschreiben“ - kehrt er 1989 nach Nürnberg zurück und reiht sich wieder bei der NPD ein. Nach deren Scheitern bei den Europawahlen liebäugelt er mit den „Republikanern“ (REP), da sie „das aussichtsreichere ‘Pferd’ im faschistischen Stall waren“. Zur Mitgliedschaft kommt es aber nicht, denn während der internen Fraktionskämpfe bei den REP orientiert er sich am Harald-Neubauer-Flügel. Beeindruckt von Neubauer beteiligt er sich ab 1990 an der Gründung der „Deutschen Allianz“, die spätere „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH).

Politische als auch private Konflikte führen bei Fischer jedoch in dieser Zeit langsam dazu, sich selbst zu hinterfragen und in Frage zustellen. Ende 1991 war für ihn das „Ende der Fahnenstange“ erreicht. Der Konflikt mit der Doppelmoral und der offene Zuspruch für die Pogrome, sowie seine versteckte Homosexualität gaben schließlich den Ausschlag für den „Rückzug“. Im November 1991 erklärt Fischer seinen Austritt aus der DLVH und kündigt die Arbeit in diversen Publikationen auf.

In seinen neun Jahren in der extremen Rechten avancierte Fischer zum umworbenen „Nachwuchsstar“. Er leistete aktive Aufbauarbeit in der NPD, nahm an der Gründung der DVU als Partei teil und brachte sich bei der DLVH ein.

Fischer war kein Stiefelnazi, sondern Schreibtischtäter. In seinem Buch schildert der heute überzeugte Antifaschist anschaulich seinen Werdegang bei der extremen Rechten und beschreibt seine Begegnungen mit Altnazis wie z.B. Thies Christophersen. Sowohl die internen Zerstrittenheiten der Einzelnen, als auch die bürgerliche Unterstützung von sympathisierenden Polizisten, Bürgermeistern und der Lokalpresse erwähnt er.

Fischer ist einer der wenigen Aussteiger die es nicht nur geschafft haben sich von der Gesinnungsgemeinschaft, einschließlich der psychischen Abhängigkeit, zu lösen, sondern auch sich gegen diese öffentlich zur Wehr zu setzen. Mittlerweile ist er Mitglied der VVN - Bund der Antifaschisten.

Die Autobiographie verrät keine großen Geheimnisse, liefert aber einen kleinen Einblick in die extreme Rechte. Allerdings werden interessante Details offenbart. Den einzigen Fakt, den der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey an Fischers Buch bestreitet, ist der Hinweis, das Gerhard Frey junior „mehr als nur persönliches Interesse“ an Fischer gehabt hätte.

Jörg Fischer: Ganz Rechts. Mein Leben in der DVU. Reinbek 1999 (Rororo Aktuell 22597), 14,90 DM

Der Autor steht für Lesungen etc. zur Verfügung und kann unter folgender Adresse erreicht werden: J. Fischer, c/o Libresso, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, e-mail: Joerg.fischer@pride.de